

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



*Euro-Spekulation,
Deflation und Niedriglohn* 3

*Keine EU-Eingreiftruppe
in den Kongo – Ein
Ende der Kongo-Krise ist
nicht in Sicht* 7

*Kommunen kommen
in Bewegung* 12

*Gewerkschaften
gegen Schröders
Streichprogramm* 16

*Aus der DGB-Diskussion
über die Reform der
sozialen Sicherungs-
systeme: „Nichts
anderes als große
Räuberbanden ...“* 19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de — Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

RECHT AUF AKTENEINSICHT. Mehrere Bürgerrechtsorganisationen haben sich für eine schnelle Einführung eines allgemeinen Akteneinsichtsrechts in Deutschland ausgesprochen. Nachdem ein Informationsfreiheitsgesetz über zwei Legislaturperioden hinweg verschleppt worden sei, müsse das im Koalitionsvertrag angekündigte Informationsfreiheitsgesetz auf jeden Fall in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Am Ende der vorigen Legislaturperiode war ein Entwurf des Innenministeriums am Widerstand der Ministerien gescheitert. Der Journalistenverband Netzwerk Recherche, die Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union, und Transparency International, die Koalition gegen Korruption, wollten sich nachdrücklich für die Einführung stark machen. Mit dem bundesweiten Informationsfreiheitsgesetz (IFG) würde sich Deutschland endlich vom Prinzip des „Amtsgeheimnisses“ verabschieden, nach dem alle Unterlagen der Verwaltung grundsätzlich internen Charakter haben, und stattdessen das Prinzip der Öffentlichkeit der Verwaltung einführen. Jeder Bürger hätte nach dem IFG ein Akteneinsichtsrecht, unabhängig von seiner persönlichen Betroffenheit und ohne dass eine besondere Begründung erforderlich wäre. In nahezu allen Industrieländern gebe es bereits solche Transparenzverpflichtungen, und auch vier deutsche Bundesländer hätten mit dem Akteneinsichtsrecht sehr gute Erfahrungen gemacht, so die Kritik. Dennoch halte der Bund bisher an der Geheimniskrämerei fest.

CDU UND GATS: Grenzen auf, aber nicht bei uns, so könnte man die Position der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag zu den Verhandlungen über den Welthandel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) zusammenfassen. Die Union fordert die Bundesregierung mit ihrem Antrag auf, sich dafür einzusetzen, dass ein höheres Liberalisierungsniveau erreicht wird, um die Exportmöglichkeiten der deutschen und europäischen Dienstleistungsindustrie zu verbessern. Interessen der Entwicklungsländer seien angemessen zu berücksichtigen, um so die Liberalisierung in diesen Ländern zu unterstützen. Während diese Länder also ihre Märkte öffnen müssten, soll aber den Menschen, die vielleicht gerade deswegen ihre Arbeit verlieren oder keine Chancen haben, der Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt verschlossen bleiben. Die CDU verlangt, die Regierung müsse dafür sorgen, dass durch GATS keine generelle Öffnung der Arbeitsmärkte und keine dauerhafte Einwanderung stattfindet, sondern zeitlich begrenzte Aufenthalte vor allem hoch qualifizierter Fach- und Führungskräfte aus dem Ausland angestrebt werden.

KINDERSOLDATENKONVENTION. Bereits im Mai 2000 war von der UN-Voll-

versammlung ein „Fakultativprotokoll“ gegen die Rekrutierung von Kindern für bewaffnete Konflikte beschlossen worden. Der Bundeskanzler hatte damals das Protokoll unterzeichnet. Aber bis heute fehlt die Ratifizierung durch den Bundestag, woran jetzt ausgerechnet die Unionsfraktion erinnerte. Der Grund: Das Verteidigungsministerium möchte auch 17-Jährige bereits rekrutieren dürfen, obwohl ansonsten die Volljährigkeit bekanntlich bei 18 Jahren liegt. Diese Option müsse erhalten bleiben, so das Verteidigungsministerium, um junge Männer zu erreichen, die ansonsten zum Bundesgrenzschutz gehen würden.

WIE EINST LILLI MARLEEN ... Deutsche „Fachleute“ werden die „Reorganisation der Polizeikräfte in Serbien“ übernehmen. Dies teilte das Berliner Bundesinnenministerium mit. Damit vervollständigt Deutschland die Kontrolle und teilweise Übernahme von Hoheitsrechten im ehemaligen Jugoslawien. Der serbische Ministerpräsident Zivkovic „bedankte sich bei (Bundesinnenminister) Schily für die bisherige Unterstützung Deutschlands“, dessen Einblick in den Belgrader Staatsapparat inzwischen konkurrenzlos ist. Deutsche Spezialisten hatten bereits in der Vergangenheit Ausrüstungsgegenstände für den serbischen Repressionsapparat geliefert, angeblich um das Grenzregime „sicherer“ zu machen und „zu modernisieren“. Tatsächlich bemüht sich Berlin, die auf EU-Gebiet eingeführten Grenzkontrollen in die benachbarten Staaten zu verschieben und diesen Anrainerländern die Last sozialer Segregation aufzubürden (Visa-Maßnahmen, Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften usw.).

Im Gegenzug verspricht Berlin deutsches Polizeigerät (insbesondere funktentechnische Anlagen), verschafft den entsprechenden Firmen Zugang zu ausländischen Märkten und übernimmt schrittweise die Kontrolle über wesentliche Bereiche der polizeilichen Infrastruktur der Empfängerstaaten. Diesen Entwicklungsstand haben die deutsch-serbischen Polizeibeziehungen inzwischen überschritten. Ausdrücklich nimmt Berlin jetzt in Anspruch, im serbischen Polizeiparagrafen hegemoniale Aufgaben zu übernehmen und als europaweiter Patronatsstaat Belgrads aufzutreten. In einer Pressemitteilung der serbischen Agentur BETA heißt es wörtlich: „Ferner sollen die deutschen Fachleute die Reorganisation der Polizei überwachen, um die EU davon zu überzeugen, dass Serbien und Montenegro keine gefährliche Region mehr sei(en) ...“

Die Absprachen über die deutsche Überwachung der serbischen Polizeikräfte und andere Erniedrigungen der serbischen Administration bezeichnete der serbische Botschafter in Berlin als „überaus erfolgreich“.

Quelle: <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1054591200.php>

Euro-Spekulation, Deflation und Niedriglohn

Der steigende Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar bewegt die Gemüter. Kritiker wie der „junge welt“-Autor Jürgen Elsässer machen sich (zum wievielten Mal?) Hoffnungen auf einen baldigen „GAU für den Kapitalismus“ (jw, 28.5.03). Dabei ist der Kurs des Euro nur auf den Wert gestiegen, den er vor vier Jahren ohnehin schon hatte. 1999 war aber alles andere als ein „GAU-Jahr“.

Trotzdem: Der Kursanstieg des Euro hat Unruhe und Debatten ausgelöst. Die hiesigen Industriekonzerne sind unsicher, ob sie sich mehr über die sinkenden Importpreise, vor allem für Rohöl, freuen oder mehr über die steigenden Preise ihrer Industriegüter auf dem US-Markt und den damit verbundenen Druck auf die Rendite im US-Geschäft ärgern sollen. Vorsorglich werden schon mal Befürchtungen lanciert, die US-Regierung könne den Kurs des Dollars absichtlich sinken lassen, um das Exportdefizit der USA zu verringern. Tatsächlich importierten die USA im letzten Jahr fast 500 Milliarden Dollar mehr Industriegüter und Rohstoffe aus allen Weltteilen, als sie im gleichen Zeitraum im Inland hergestellte Waren exportierten. Ob der sinkende Dollarkurs aber wirklich dazu führt, das US-Konzerne verlorene Weltmarktanteile wieder zurückzuerobieren, ist offen.

Tatsächlich dürften die Verschiebungen im Währungsgefüge weniger auf Änderungen der Konkurrenzposition der USA im Welthandel als vielmehr auf neue Dispositionen bei Kapitalanlegern zurückgehen. Die USA werden als Anlageland für weltweites Kapital herabgestuft. Schon im Vorfeld des Irak-Krieges hatte es Hinweise gegeben, dass die Nervosität und Aggressivität der USA gegenüber dem Mittleren Osten auch mit Anzeichen einer um sich greifenden Umschichtung von Petro-Dollars in Euro begründet sei. Diese Verlagerung großer Kapitalmassen nicht nur aus arabischen Gebieten, sondern auch aus anderen Teilen der Welt weg von der Anlage in Dollar-Titeln, hin zum Euro bzw. in europäische Vermögenstitel, scheint nach dem Ende des Irak-Krieges keineswegs gestoppt. Der trotz militärischem Erfolg der USA anhaltende Fall des Dollarkurses spricht eher für das Gegenteil, für eine Beschleunigung solcher Umtauschaktionen.

Wenn diese Vermutung zutrifft, wären die Folgen für die USA viel unangenehmer als für den Euro-Raum. Denn die USA sind wegen ihres riesigen Importüberschusses seit Jahren darauf angewiesen, enorme Kapitalmassen aus aller Welt quasi „anzusaugen“. Irgend womit müssen schließlich die gewaltigen Warenimporte der USA finanziert werden, und wenn die Finanzierung über eigene Warenexporte nicht ausreicht, bleibt nur

der Kapitalimport – oder das schlechte Geld drucken und damit eine hausgemachte Inflation. Letzteres würde die Vermögen der US-Mittelklasse in großem Stil entwerten und ist deshalb politisch nahezu ausgeschlossen. Also bleibt nur der Kapitalimport. Die Hälfte aller Staatsanleihen der US-Regierung, ein Drittel aller Unternehmensanleihen und ein Zehntel aller Aktien von US-Unternehmen sind heute im Besitz von „Ausländern“ (*Tagesspiegel*, 28.5.03). Wenn diese Vermögensbesitzer beschließen, ihre Dollarbestände abzubauen und in Euro-Staatsanleihen, -Unternehmensanleihen und Aktien umzuschichten, gerät die US-Regierung und die US-Wirtschaft unter großen Druck. Ein Anstieg des US-Zinsniveaus wäre unausbleiblich. Steigende Zinsen aber würden die industrielle Rendite auf dem US-Markt beeinträchtigen und die Ausgaben der US-Regierung für ihre Schulden erhöhen. Im EU-Raum dagegen würden die Zinsen sinken.

Beides scheint derzeit zu geschehen. Der US-Kongress hat ein großes Steuer-senkungsprogramm beschlossen, dessen einziger Zweck darin besteht, ohnehin reiche Leute noch mehr von Steuern zu entlasten. Das ökonomische Ziel ist vermutlich, den Kapitalabfluss aus den USA zu verringern. In der EU dagegen ist eine weitere Senkung des Zinsniveaus sicher. Die Europäische Zentralbank dürfte mit der Senkung ihrer Leitzinsen in den nächsten Tagen das Signal dafür geben.

Deflationsfurcht überwiegt

Ob das wachsende Angebot von Kapital aber hierzulande die Konjunktur stimu-

liert, ist eine andere Frage. Die politikberatenden großen Wirtschaftsinstitute, deren Konjunkturprognosen und Steuer-schätzungen ohnehin niemand mehr glaubt, überbieten sich derzeit in Einfallsllosigkeit, gepaart mit einer Inhumanität („Halbe Rente für Kinderlose“, so z.B. Ifo-Chef Sinn), die schon fast rechtsradikal genannt werden muss. Die Bundesregierung betreibt weiter den Ausbau von Niedriglohnzonen, obwohl deren Verfechter seit 20 Jahren jeden Beweis schuldig geblieben sind, dass damit irgendeine konjunkturfördernde Wirkung erzielt wird, geschweige denn ein Abbau von Arbeitslosigkeit. In Wirklichkeit werden nur Einkommen und Vermögen von unten nach oben umverteilt, ohne jede Ausdehnung der Beschäftigung und der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, während die Sozialversicherungen mangels Beitragszahlung von einer Krise in die nächste torkeln.

In diese ohnehin gespannte Lage haben die Warnungen des IWF vor einer Deflation wie eine Bombe eingeschlagen. Deflation bedeutet: Alle Wirtschaftssubjekte, Verbraucher wie Investoren, erwarten einen Rückgang der realen Preise und handeln auch so. Genau das scheint derzeit der Fall zu sein. Der Konsum stockt, die Leute sparen aus Angst vor dem, was möglicherweise kommt. Unternehmen investieren weniger und stellen kaum noch Leute ein. Finanzminister Eichel soll laut Presseberichten auf der Tagung der G-7-Finanzminister getobt haben. Kein Wunder: Die Warnung vor der Deflation trifft die Legitimation der Regierung für ihren Kurs ins Herz. Der – von Schröder, Clement und Eichel behauptete



Gesehen in der FAZ, 31.5.

te – allgemeine Nutzen der geplanten sozialen Grausamkeiten ist nun vollends im Eimer.

Hauptleidtragender einer Deflation wäre vermutlich zunächst der Immobilienbereich, wo schon jetzt große Wohnungs- und Bürokomplexe keine ausreichende zahlungsfähige Nachfrage finden. Wenn hier auf breiter Fläche Wertrevolutionen nach unten beginnen, würde das als nächstes Banken und Versicherungen treffen, die in diese Anlagen investiert bzw. für sie Kredit gegeben haben. Eine Kredit- und Geldkrise aber würde rasch auf den allgemeinen Kredit durchschlagen und zudem Lebensversicherungen und andere private Reserven noch mehr gefährden, als sie ohnehin schon sind. Eine wirtschaftliche Spirale nach unten könnte die Folge sein.

Das Ergebnis dieser Situation ist im Augenblick eine erstaunliche Allianz ganz unterschiedlicher Interessen. Linke Kritiker der Politik der Bundesregierung treffen sich mit dem IWF in der gemeinsamen Forderung, dass die Politik etwas tun soll, um die Konjunktur anzukurbeln, insbesondere den Konsum. Gewerkschaftliche Gegenwehr, in der Sozialpolitik wie in den Tarifkonflikten, aber auch die Forderung der Gemeinden nach mehr Mitteln für ihre kommunalen Aufgaben bekommt so Zustimmung aus einer völlig unerwarteten Ecke. Die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sollten das ebenso wie die Kommunen nutzen. Ob ihnen der unerwartete Zuspruch in den realen Konflikten am Ende hilft, steht freilich auf einem anderen Blatt. *riil*



ver.di-Demonstration, Berlin, 17. Mai. Bild: res

Zur Gesundheitsreform

Mehr Qualität spart Kosten

Den folgenden, hier gekürzt dokumentierten Beitrag hielt eine Vertreterin von ver.di auf der 1.-Mai-Demonstration in Elmshorn. Wir entnahmen ihn den „Elmshorner Gegensätzen“.

Das Ziel von Krankenversorgungspolitik in zivilisierten Ländern sollte darin bestehen, allen Menschen mit Gesundheitsproblemen einen freien Zugang zur Krankenversorgung zu gewährleisten, und zwar unabhängig von ihrem sozialem Status und ihren finanziellen Möglichkeiten.

Zur Zeit arbeiten viele daran, das System der paritätisch und solidarisch finanzierten Krankenversicherung zu zerschlagen, um es dem „Markt der freien Kräfte“ zu überlassen.

An eine bessere Behandlungsqualität glaubt keiner mehr. Aber genau da, läge ein Ansatzpunkt.

Im deutschen Gesundheitswesen wird enorm viel Geld verpulvert:

- Für überteuerte und unwirksame Medikamente;
- für überflüssige Untersuchungen;
- dafür, dass wir uns Spezialisten und ihre teuren Geräte in den Facharztpraxen und den Kliniken zugleich leisten.
- Gleichzeitig geben die Kassen aber weniger als ein Prozent für Vorbeugungsmaßnahmen aus. Würde das Krankengeld privatisiert, würde für den Arbeitgeber jeder Anreiz zur Krankheitsverhütung durch ungesunde Arbeitsbedingungen verloren gehen.

Die Gesundheitskosten liegen in Deutschland inzwischen fast ein Drittel über dem europäischen Schnitt. Gesundheitsexperten schätzen, dass etwa ein Viertel der Gelder für schlechte Qualität und unnötige Leistungen ausgegeben werden. Wir liegen nur noch im Mittelmaß in Forschung und Praxis.

In Deutschland sterben mehr Menschen an den Folgen von Herzinfarkt, Schlaganfall, Darm- und Brustkrebs als in Frankreich, Schweden, Belgien oder Spanien. Nur jeder zweite Diabetes- und Blutdruckpatient wird in Deutschland optimal behandelt.

Im OECD-Vergleich (17 Staaten) weist Deutschland bei Dickdarmkrebs die dritthöchste Sterblichkeitsrate auf. Der Präsident der dt. Krebsgesellschaft sagte neulich: „Die Qualität der Krebsversorgung variiert nicht unerheblich.“

Mit anderen Worten: Von hervorragend bis jämmerlich – ist alles drin.

Nur, dass Krebs hier in Deutschland die zweithäufigste Todesursache ist, jährlich erkranken hier etwa 350 000 Menschen.

An der Volkskrankheit Diabetes mellitus leiden inzwischen vier Millionen Bundesbürger. Trotzdem weist Deutsch-



land im OECD-Vergleich hier die viert-höchste Sterblichkeit auf.

Weniger als die Hälfte der Herzinfarktpatienten werden in Deutschland so behandelt, wie es dem wissenschaftlichen Stand entsprechen würde, heißt es in einem Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Dabei sind Herzinfarkte in Deutschland weiterhin die Todesursache Nummer Eins.

Todesursache Nummer Eins bei den Frauen zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr ist der Brustkrebs. 46 000 Frauen sterben jährlich in Deutschland daran. Auf der OECD Rankingliste liegen wir hier auf Platz sechs – von unten!

Wundert es bei diesen Zahlen nicht, dass wir für diese Leistungen 30% mehr Geld als im europäischen Durchschnitt ausgeben? Deutschland hat nach der USA und der Schweiz das drittteuerste System der Welt.

Was hat das nun mit der Finanzierungsdebatte der Krankenversicherung zu tun?

Schlechte Qualität verursacht Folgekosten durch Komplikationen, die wiederum zu teuren Behandlungen führen.

Den überwiegenden Teil der Kosten im Gesundheitswesen verursachen die chronisch und schwerkranken Menschen. Menschen, die an Herzerkrankungen, Diabetes oder Krebs leiden. Es sind nur 20% aller Kranken. Sie verursachen aber 80% der Gesundheitskosten.

Würden sie besser versorgt, so schätzt das Institut für Gesundheitsökonomie in Köln, ließen sich bis zu acht Mrd. Euro in acht bis zehn Jahren einsparen.

Wir brauchen eine Gesundheitsstrukturreform im Interesse von Patienten und Versicherten.

Wir brauchen mutige Reformen, statt Leistungsabbau.

Wir brauchen

- Präventionsprogramme, damit Krankheiten erst gar nicht entstehen. Die Kassen bieten fast nur Kurse und Gesundheitserziehung an, die von der wenig belasteten sozialen Mittelschicht angenommen werden. Die sozial Benachteiligten mit den geringsten materiellen Ressourcen, der geringsten Bildung und der geringsten Unterstützung haben aber den höchsten Bedarf.

- Wir brauchen Gesundheitsförderung,

vor allem im Betrieb, damit Krankheitsraten gesenkt werden

- Eine Verbesserung der Patienteninformation. Patientinnen und Patienten haben Anspruch auf alle Informationen, die sie befähigen, Eigenverantwortung für ihre Gesundheit zu übernehmen und Wahlentscheidungen zu treffen

- Die Vernetzung der Leistungsanbieter, damit es nicht zu Reibungsverlusten bei der Behandlung Kranker kommt. Eine der zentralen Ressourcenvergeudung ist die weitgehende Abschottung der einzelnen Versorgungsbereiche. Dazu gehört auch die partielle Öffnung der Krankenhäuser zur ambulanten Behandlung.

- Qualitätsgeprüfte Behandlungsleitlinien für chronisch Kranke, damit ihre Lebensqualität sich verbessert, und regelmäßige Weiterbildung, damit Ärzte und Pflegepersonal auf dem neusten Stand sind

- Bessere Arbeitsbedingungen, Personalentwicklung und Personalplanung, damit professionelle Gesundheitsdienste auch weiterhin zur Verfügung stehen

- Mehr Effizienz durch abgestimmte Versorgung, Behandlung und Rehabilitation

- Wir müssen überflüssige Mehrfachuntersuchungen und Doppel- und Mehrfachstrukturen in der Medizin vermeiden
- Und die Monopolstellung einiger Leistungsanbieter einschränken

Einige dieser Forderungen sind durch die beiden Gesundheitsministerinnen, Andrea Fischer und Ulla Schmidt, gesetzlich auf den Weg gebracht. Sie scheitern aber oder kommen nicht voran, weil die Anbieterkartelle, allen voran die Kassenärztliche Vereinigung, blockieren.

Aber auch, weil Kassen unter den derzeitigen Wettbewerbsbedingungen nur Anreize zur Konkurrenz um gute Risiken haben, aber kaum Anreize zur Konkurrenz um gute Versorgungsqualität.

Für die Kassen ist das Wichtigste, möglichst viele junge gesunde, gut ausgebildete und sicher verdienende Menschen zu haben – also möglichst Männer. Sie zahlen mehr an Beiträgen, als sie an Versorgungskosten.

Die Kassen sind wirtschaftlich nicht daran interessiert – und sie können es auch gar nicht unter den jetzigen Bedingungen sein –, ältere, ärmere und chronisch Kranke zu versichern.

Die Umsetzung der Forderungen scheitert aber auch an den neoliberalen Kräften in Politik und Wissenschaft, die das ganze paritätisch und solidarisch finanzierte Gesundheitssystem abschaffen wollen, um es den Kräften des Marktes und des Profits zu überlassen. Der Markt als Steuerungsinstrument zielt aber auf Ungleichheit und ist deshalb für gesundheitliche Versorgung und zur Vergrößerung gesundheitlicher und sozialer Chancengleichheit nicht geeignet.

Durch mehr Qualität ließen sich viele Mrd. Euro einsparen und das Prinzip „Jung für Alt, Gesund für Krank, Reich für Arm als Eckpfeiler des Sozialstaates“ könnte so erhalten werden.

Die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) sind da

Grenzenlose Militärmacht Deutschland und Nebenkriegsschauplätze

Von Claudia Haydt und Tobias Pflüger, IMI

Mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien liegt nun eine verbindliche Grundlage für den grenzenlosen Einsatz der Bundeswehr gegen alle erdenklichen Ziele in jeder erdenklichen Dauer und in jeder möglichen Intensität vor. Einzige Einschränkung: außer „Rettungsoperationen“ sollen alle anderen Einsätze zusammen mit Verbündeten durchgeführt werden.

1. Kein offenes Präventivkriegskonzept mehr – ein Erfolg der Friedensbewegung ?!

„Die Friedensbewegung hat gesiegt“, so die militärnahe Zeitung *Die Welt* am 20.5.2003, einen Tag vor der Vorlage der neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR). Weiter hieß es: „denn auch das Militär hört jetzt auf ihr Kommando“. Der Artikel bezog sich aber nicht auf die neuen VPR, sondern auf die neue Form von Kriegen, bei denen genau darauf geachtet werde, so wenig wie möglich Tote zu verursachen. Trotzdem wäre auch diese Überschrift – zwar vermessen – aber irgendwie passend gewesen für die Vorstellungen der neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) von Peter Struck, zumindest was den zentralen Punkt des Präventivkriegskonzeptes betrifft. Dieser Punkt wurde nämlich aus der Schlussfassung der neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) wieder gestrichen.

Die Welt schreibt dazu: „Anders als in einem früheren Entwurf wird in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) ... die Möglichkeit präventiver Militäraktionen nicht mehr betont. In dem 22-seitigen Papier ... fehlt ein Satz aus dem Entwurf, in dem es hieß, ‚vor allem‘ gegenüber nichtstaatlichen Akteuren und Terroristen ‚können zur politischen Krisenvorsorge komplementäre militärische Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohung frühzeitig notwendig werden‘. Jetzt wird deutlich zurückhaltender formuliert: ‚Zur Abwehr von Bedrohungen sind zudem vor allem gegenüber nicht-staatlichen Akteuren entsprechende zivile und militärische Mittel und Fähigkeiten zu entwickeln.‘“

Diese Formulierung in den neuen VPR lässt nun allen Interpretationen Tür und Tor offen. Eine explizite Festschreibung des Präventivkriegskonzeptes ist dies allerdings nicht.

Soweit, so gut. Insofern handelt es sich tatsächlich um einen Sieg der Friedensbewegung, denn insbesondere aus ihren Reihen war das mögliche Präventivkriegskonzept explizit benannt und klar kritisiert worden.

2. Präventivkriegskonzept durch eine der Hintertüren?

Nun kann das Präventivkriegskonzept in den Text hineininterpretiert werden. Die Gefahr ist also nicht vollständig gebannt. Als Kernbereiche von Bundeswehreinsätzen werden in den VPR folgende zwei Punkte definiert: „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ (10) sowie „Unterstützung von Bündnispartnern“ (10). Wobei diese beiden Optionen alternativ genannt sind und es durchaus nahe liegt zu vermuten, dass „multinationale Sicherheitsvorsorge“ (vgl. 11) im Rahmen von NATO und EU nicht in jedem Fall das Ziel haben muss, schon bestehende Krisen zu bekämpfen (wie auch immer dies militärisch funktionieren soll), sondern bereits einzugreifen, bevor ein konkrete Bedrohung entsteht. Außerdem wird das Konzept der „präventiven Kriegsführung“ sowohl im Rahmen der NATO als auch der EU intensiv diskutiert (vgl. hierzu z.B. Pflüger, Tobias, IMI-Analyse 2002/86b: „Präventivkriege jetzt auch deutsche Politik?“ <http://www.imi-online.de/2002.php3?id=290>)

3. Grenzenloser Auftrag

Deutschland ist durch konventionelle Streitkräfte nicht mehr gefährdet, und auch „ein existenzbedrohender Angriff auf das Bündnis als ganzes ... ist unwahrscheinlich“. (81) Wenn es in Deutschland nichts zu verteidigen gibt, dann gilt zukünftig das Motto: „Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen.“ (5) Somit wird zum Programm erhoben, was Struck bereits früher erklärte: Die Verteidigung Deutschlands müsse auch am Hindukusch erfolgen. „Out of Area“ ist selbstverständlich geworden, immer wieder wird betont, dass der Einsatzradius „über das Bündnisgebiet hinaus“ (9; 72 u.ä.) geht. Der Rahmen für die „VN, NATO und EU“ (42) sein, „Grundgesetz und Völkerrecht bilden die Grundlage“ (37). Die Interpretation von Angriffskriegen als Verteidigung, um sie mit dem Grundgesetz konform zu machen, ist schon heute mehr als gewagt, und das Führen von Angriffskriegen im Rahmen von NATO- oder bald auch EU-Strukturen ohne Zustimmung der VN ist sicher nicht völkerrechtskonform. Aber zu viele Skrupel, ob hier wenigstens die selbst festgelegten „Rahmen“ und „Grundlagen“ zueinander passen, stören nur die „Handlungsfähigkeit“.

4. Selbstbewusste Interessenspolitik oder Wirtschaftsinteressen

Deutschland ist politisch und militärisch zum globalen Akteur geworden und tritt als solcher sehr selbstbewusst auf. Auch die VPL sprechen hier eine deutliche Sprache. Deutschland „fällt eine herausra-

gende Rolle und Verantwortung für den künftigen Kurs der NATO zu“ (48). Auch „bei den Beschlüssen der EU zur Ausgestaltung der ESVP“ hat Deutschland „eine Schlüsselrolle gespielt“ (50). Interessant ist, dass im Gegensatz zu den letzten VPR diese deutschen Wirtschaftsinteressen nur an einer Stelle explizit und ausführlicher benannt werden. „Aufgrund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen“ ist die deutsche Wirtschaft sehr „verwundbar“ (27.) Dass es auch weitere sehr konkrete Ziele gibt, die mit Militär geschützt werden sollen, wie der freie Zugang zu Ressourcen, das findet sich in diesen Richtlinien nur implizit. Ruhe hatte damit bei der letzten VPR keine Probleme, die Dinge beim Namen zu nennen, aber das klingt natürlich nicht so schön wie der Kampf für die „Errungenschaften moderner Zivilisation wie Freiheit und Menschenrechte, Offenheit, Toleranz und Vielfalt“. Dennoch, die Richtung ist klar: „Um seine Interessen und seinen internationalen Einfluss zu wahren ... stellt Deutschland im angemessenen Umfang Streitkräfte bereit“ (72).

5. Öffentliche Diskussion um Nebenkriegsschauplätze

Die öffentliche Diskussion dreht sich einmal mehr nur um zwei Nebenkriegsschauplätze, um die Schließung von Standorten und um die Beibehaltung der Wehrpflicht. Damit verändern sich wesentliche Parameter der deutschen Außenpolitik zwar ganz offen, aber trotzdem ohne öffentliche Diskussion. Genau so wenig öffentliche Beachtung findet die Weichenstellung in Richtung Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Obwohl „zusätzliche Anforderungen an die Bundeswehr bei der Aufgabenwahrnehmung im Inland“ und ihr „Zusammenwirken mit den Innenbehörden des Bundes und der Länder (75; vgl. 80) Formulierungen sind, die sehr nachdenklich machen sollten. Hinter dem Wehklagen über die Auflösung von sieben kleineren Standorten verschwindet auch die viel grundsätzlichere Problematik, dass so der Sozialabbau und die Budgetkürzungen in zivilen Bereichen noch weiter vorangetrieben werden. Denn die „Verbesserung militärischer Kernfähigkeiten“ (89), der Bereitstellung von Rüstungsgütern für „strategische Verlegung“ und „weltweite Aufklärung“ (92) und all die Investitionen für „rasche Verfügbarkeit“ und „Durchhaltefähigkeit“ (90) sind nicht umsonst zu haben.

6. Handlungsfähigkeit = militärische Handlungsfähigkeit?

Ausdrücklich begrüßt wird in den Richtlinien die „Anpassung der NATO an das veränderte sicherheitspolitische Umfeld“ (32), was im Klartext die Umwandlung der NATO in ein Interventionsbündnis meint. Nur so bliebe dem Bündnis seine politisch wichtige Rolle erhal-

Rüstungsgeschäfte

Der weltweit zweitgrößte Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern EADS integriert sein Rüstungsgeschäft und will damit bis 2005 seinen Rüstungsumsatz um 60 Prozent auf rund 9,6 Milliarden Euro steigern. Die Umstrukturierung dient der Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie und verbessert die Voraussetzungen für den Aufbau einer eigenständigen europäischen Militärmacht.

EADS ist der größte europäische Luft- und Raumfahrtkonzern (DaimlerChrysler hält 30 Prozent der Anteile) und befindet sich in einem scharfen Konkurrenzkampf mit dem US-amerikanischen Rüstungskonzern Boeing, der im zivilen Bereich von EADS bereits überflügelt wurde. Von der Integration des Rüstungsgeschäfts in die auf 24.000 Mitarbeiter erweiterte neue Sparte „Defence & Security Systems“ mit einem Jahresumsatz von 5 Milliarden Euro verspricht sich der Konzern auch in diesem Bereich eine „ganz andere Durchschlagskraft auf dem Markt“.

EADS Defence & Security habe das Potential, zu einem „weltweit erfolgreichen Marktführer“ zu werden, erklärt der Konzern. Strategisches Ziel sei es, insbesondere das Militärgeschäft zu stärken. Bis zum Jahr 2005 wird eine Steigerung um mehr als 50 Prozent auf rund 9,6 Milliarden Euro angekündigt. Als Wachstumstreiber gelten die Produktion des Kampfflugzeugs Eurofigh-

ter, des Transporthubschraubers NH90, des Kampfhubschraubers Tiger und neuer Lenk Waffen. Einen großen Schub erwartet EADS von dem Auftrag zum Bau des Airbus-Militärtransporters A 400 M. Auch auf die Ausschreibung für ein 13-Milliarden-Euro-Projekt für die Modernisierung der Tankerflotte der britischen Luftwaffe setzt EADS große Hoffnungen.

Rüstung für „Kerneuropa“

Die Umstrukturierung des Rüstungsgeschäfts wird als ein „Schritt zur Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie“ betrachtet. Mit Interesse verfolge EADS die politischen Bemühungen Deutschlands, Frankreichs und Belgiens für eine „engere Verzahnung und stärkere Eigenständigkeit der europäischen Sicherheitspolitik“, heißt es. Dieser Vorstoß für ein militärisches „Kerneuropa“ beinhaltet auch eine engere Kooperation bei Rüstungsvorhaben. In Großbritannien – das dem Vorstoß skeptisch gegenüber steht – will der Konzern seine Marktstellung durch Zukäufe ausbauen.

Quelle: <http://www.german-foreign-policy.com/>



Das Transportflugzeug A400M

ten. „Handlungsfähigkeit“ (33; vgl. 50) ist auch das Schlagwort, unter dem die Herausbildung der Militärmacht EU betrieben wird. Diese Herausbildung einer Militärmacht EU hat zentralen Charakter in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien. Die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel ist für Struck offensichtlich „Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit“ (37) von Politik.

7. „Koalition gegen den Terror“ oder die Bedrohungsanalyse

Die Strucksche Bedrohungsanalyse stellt fest, Deutschland wird nicht mehr von Panzerarmeen aus dem Osten bedroht, sondern von internationalem Terrorismus religiöser Fanatiker und von einer gefährlichen Proliferation an Massenvernichtungsmitteln. Eine solche „Analyse“ geht offensichtlich davon aus, Terrorismus ließe sich militärisch bekämpfen, wo doch gerade die Anschläge

des 11. September 2001 gezeigt haben, dass Skrupellosigkeit und einfachste Hilfsmittel völlig ausreichen, um fürchterlichen Schaden anzurichten. Glaubt Struck an die Bekämpfbarkeit von Terrorismus mit militärischen Mitteln, der „jederzeit, an jedem Ort der Welt erfolgen und sich gegen jeden richten“ kann? Es charakterisiert doch gerade das Wesen asymmetrischer Bedrohungen, dass es für die schwächere Seite eine rationale Abwägung ihrer Möglichkeiten darstellt, sich direkter Konfrontation weitgehend zu entziehen und die ungeschützten Bereiche des „Gegners“ anzugreifen.

Verhinderung von Proliferation ist ebenfalls kaum militärisch zu erreichen, im Gegenteil, die Art der Kriegsführung westlicher Staaten (auch wer keine Atomwaffen hat, kann künftig mit „Mini-Nukes“ angegriffen werden), und deren Zielauswahl (Irak, Afghanistan, Jugoslawien, die alle über keine Massen-

vernichtungswaffen verfügten) lässt es für jeden Staat, der nicht „befreit“ werden will, als sehr rationale Vorgehensweise erscheinen, sich entweder mit atomaren Waffen oder wenigstens mit biologischen oder chemischen Waffen auszurüsten. Die westliche offensive Militärtaktik birgt so die Gefahr einer weiteren Aufrüstungsspirale in sich und schafft mehr Probleme, als sie je wird „lösen“ können. Vielleicht steckt doch ein gewisses Maß an Einsicht in die Eskalationsgefahr der eigenen militärischen Strategien hinter der Formulierung, dass die „Grenzen zwischen den unterschiedlichen Einsatzarten ... fließend (sind)“ (58). Dies gilt offensichtlich auch trotz oder gerade wegen der eigenen militärischen „Intervention“, denn „eine rasche Eskalation von Konflikten, wodurch ein friedenserhaltender Einsatz in eine höhere Intensität übergeht, ist nie auszuschließen“ (58).

Struck lobt in seinem Papier „die breite internationale Koalition gegen den Terror“ und sieht sie als „Grundlage für eine effektive Bekämpfung dieser Bedrohung“ (28). Nichts könnte entlarvender sein, sowohl für die Definition dessen, was als Terror zu verstehen ist, als auch dafür, wie wenig „Terrorbekämpfung“ mit Freiheit und Demokratie zu tun hat, als ein Blick auf die Verbündeten in diesem Kampf. Offensichtlich gibt es hier keinerlei Problembewusstsein. Im Bezug auf Russland heißt es explizit: „die gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bilden die Grundlage (!) für eine noch engere langfristige Kooperation ...“ (34).

Die sicherheitspolitische Gefährdung ist auch die Folge deutscher und europäischer (Wirtschafts)-Politik. Doch das Papier geht durchgängig davon aus, dass Deutschland und seine Verbündeten lediglich Opfer von Bedrohungen sind, die völlig ohne eigenes Zutun entstanden sind. Sätze wie: „Auch die Globalisierung macht ein voll (militärisch) handlungsfähiges Europa erforderlich“ sind entlarvend, sie suggerieren, die EU und die EU-Staaten (das was in hiesigem Sprachgebrauch allgemein unter „Europa“ verstanden wird) wären im Rahmen der Globalisierung lediglich ein Objekt der Entwicklungen.

8. Ausblick oder Johannes Rau und die verteidigungspolitischen Richtlinien

Alle unsere bisherigen Warnungen waren sehr berechtigt (vgl. IMI-Sonderseite zu den Verteidigungspolitischen Richtlinien: <http://www.imi-online.de/2003.php3?id=577>) Offensichtlich war das geplante Präventivkriegskonzept für die Bundeswehr noch nicht in der Gesellschaft durchsetzbar. Die Betonung liegt auf „noch“. Die Bundesregierung betreibt weiter ihre Doppelstrategie: Einerseits sich als „Friedensmacht“ zu gerieren und andererseits zeitgleich die Militärmacht Europäische Union auszubauen und die Bundeswehr zur weltwei-

ten Interventions- und Einsatzarmee zu machen. Der zeitliche Zusammenfall zweier Ereignisse mag Zufall gewesen sein, dennoch passen sie sehr gut zusammen: die außenpolitische Grundsatzrede von Bundespräsident Johannes Rau und die Vorlage der verteidigungspolitischen Richtlinien. Vieles, was Johannes Rau gesagt hat, ist der Versuch, in einer Art aufgesetztem „Konsens“ den Inhalt der expansiven verteidigungspolitischen Richtlinien gesellschaftlich abzusichern. Jedoch hat Johannes Rau an fünf Punkten Bedenkenswertes gesagt: A. „Die neue Sicherheitspolitik und die völlig veränderte Rolle der Bundeswehr ist in den vergangenen Jahren im Bewusstsein unseres Volkes nicht annähernd so verarbeitet worden, wie das notwendig wäre.“ Nur, an wem liegt das? Die jeweiligen Regierungen wollten keine offene Debatte zur deutschen Militär- und Kriegspolitik. B. „Ich vermisste eine breit geführte gesellschaftliche Debatte über die Frage, wie die Bundeswehr der Zukunft aussehen soll.“ Richtig. Die Debatte gibt es nicht, aber die politischen Festlegungen werden von der rot-grünen Regierung in Windeseile getroffen. C. „Nirgendwo ist eine Regierung so sehr auf Unterstützung und Einverständnis der Menschen angewiesen wie dann, wenn die Bundeswehr als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt wird.“ Eben. Darin besteht auch eine Chance für uns als Antikriegs- und Friedensbewegung. D. „Wie immer auch die Antwort lauten mag, zu der wir kommen werden, sie muss am Ende einer gesellschaftlichen Debatte stehen. Wir brauchen einen breiten Konsens.“ Warum dann die Festlegungen z.B. mit den verteidigungspolitischen Richtlinien? Raus Antwort: E. „Wir brauchen einen breiten Konsens.“ Aha, die Sorge ist offensichtlich, dass die neue deutsche Militär- und Kriegspolitik von vielen in der Bevölkerung nicht mitgetragen wird. Hier ist es wieder, das auch empirisch belegbare Phänomen: Die Veränderung der Bundeswehr und deutsche Kriegseinsätze werden von vielen in der Bevölkerung nicht aktiv unterstützt, aber eben hingenommen. „Manchmal werden bahnbrechende Weichenstellungen übersehen: Mit seinem Satz, die Freiheit könne auch am Hindukusch verteidigt werden, hätte Verteidigungsminister Struck hier zu Lande eigentlich einen pazifistischen Aufschrei erzeugen müssen. Aber auch als Bundeswehr-Generalinspekteur Schneiderhan Präventivschläge mit deutscher Beteiligung ins Spiel brachte, blieb es ruhig,“ so die militärnahe Zeitung *Die Welt* am 2.2.2003. Die Zeit ist überfällig für politische Aufschreie gegen diese fortgesetzte Militarisierung der Politik! Quelle: <http://imi-online.de/download/IMI-Analyse-2003-020-VPR-Grenzenlos-Haydt-Pflueger.pdf> Empfehlung: IMI-Sonderseite zu den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“: <http://www.imi-online.de/2003.php3?id=577>

Die alten Kolonialmächte wollen die EU-Eingreiftruppe in den Kongo entsenden

Ein Ende des Krieges und der tiefgreifenden Krise ist nicht in Sicht

Auf Antrag Frankreichs hat der UN-Sicherheitsrat beschlossen, in den nächsten Wochen eine internationale Eingreiftruppe von zunächst 1.400 Soldaten „mit robustem Mandat“ nach Bunia, der Hauptstadt der kongolesischen Provinz Ituri, zu entsenden. Das Mandat ist bis zum 1.9.03 befristet.

Hier, im Nordosten des Kongo, im Gebiet der Großen Seen an der Grenze zu Uganda, haben sich im Frühjahr die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hema und Lendu erneut verschärft, deren Milizen wiederum durch Ruanda bzw. Uganda bzw. die kongolesische Regierung unterstützt werden. Anfang April wurden in einem Dorf an einem einzigen Tag fast 1000 Menschen massakriert. In den letzten fünf Jahren sind allein in dieser Region ca. 50.000 Menschen in den Auseinandersetzungen oder an ihren Folgen zu Tode gekommen. Eine halbe Million Menschen irrt hier auf der Flucht durchs Land. Das Aufflammen der Kämpfe gefährdet den im Dezember 2002 in Pretoria vereinbarten, ohnehin prekären „innerkongolesischen Dialog“ in dem seit Jahren durch Kriege und Bürgerkriege verheerten Land, der Ende Mai zur Bildung einer Allparteienregierung führen sollte.¹

Die Zusammensetzung der internationalen Eingreiftruppe ist noch nicht bekannt – sicher ist, dass Frankreich, das seine Rolle als Regionalmacht in Afrika auszubauen trachtet, den Oberbefehl hat und bis zu 1000 Soldaten stellt. Die Militärplaner der EU prüfen derzeit – die Entscheidung fällt am Mittwoch nach Redaktionsschluss –, ob die Truppe unter EU-Kommando stehen könnte bzw. ob die EU ihre Eingreiftruppe unter UN-Mandat in den Kongo entsendet, dabei geht es um ca. 3000 Soldaten. Das wäre nach Mazedonien der zweite Einsatz der EU-Eingreiftruppe, die, vor Jahren beschlossen, 2003 einsatzfähig wurde. Neben Frankreich haben Schweden und Großbritannien Interesse angemeldet, Soldaten abzustellen. Belgien als frühere Kolonialmacht im Kongo stellt Logistik bereit, womöglich auch Soldaten. Die BRD beteiligt sich zumindest an der Finanzierung. Doch in den letzten Tagen sprechen sich immer mehr Politikerinnen und Politiker aller Fraktionen dafür aus, Bundeswehrsoldaten beizusteuern, so die SPD-Verteidigungsexpertin Wohleben, der Grüne Fraktionsvize Nachtwei, FDP-Vize Döring und die CDU/CSU-Fraktionssprecher für Außen- und Entwicklungspolitik Pflüger und Ruck. Skeptisch sind allerdings die Militärs. Sie halten die EU-Eingreiftruppe für

noch nicht in der Lage, eine so schwierige militärische Operation zu bewältigen.

Kampf um Rohstoffe

Die Region östlich der Großen Seen ist reich an Rohstoffen. Hier liegen die größten Goldvorkommen des Kongo, werden Diamanten geschürft. Auch werden riesige Erdölvorkommen vermutet. Und hier findet sich der Großteil der weltweit bekannten Vorkommen von Coltan, das das seltene und teure Metall Tantal enthält, das im chemischen Anlagenbau, in der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie und in der Computer- und Kommunikationstechnologie verarbeitet wird und vom US-Verteidigungsministerium als „strategische Ressource“ eingestuft wird. Vor allem im Zusammenhang mit dem Handy-Boom vervielfachte sich 1999/2000 die Nachfrage nach Coltan. Der Preis für Tantal schoss von 33 \$/Pfund auf 175 \$ und teilweise höher im Jahr 2002. Inzwischen hat er sich auf 75 bis 95 \$ eingependelt. Es wird erwartet, dass die Nachfrage nach Tantal noch viele Jahre steigt, jährlich um ca. 10%.

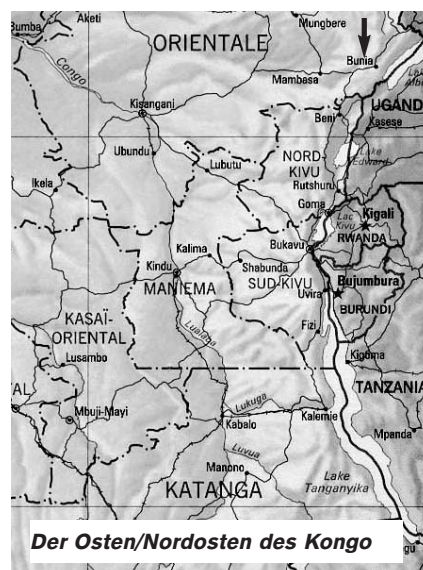
Maßgeblich am Coltan-Handel beteiligt ist nach einem UN-Bericht von 2001, der 2002 aktualisiert wurde, die Bayer-Tochter HC Starck aus Goslar. Der Verein Coordination gegen BAYER-Gefahren schrieb 2001 unter Berufung auf die *Washington Post*, dass etwa die Hälfte des verkauften Tantals von HC Starck verarbeitet wird.² Damit heizt Starck als Nutznießer und Finanzier die kriegerischen Auseinandersetzungen und Massaker im Kongo mit an.

Denn: Bei fast allen blutigen Auseinandersetzungen im Kongo geht es um die Kontrolle des Rohstoffhandels. Hinter den zahllosen sich bekriegenden Warlords im Osten und Nordosten des Landes stehen Ruanda und Uganda, die ihrerseits von den westlichen Mächten abhängig sind und – nicht nur, aber eben auch – deren Interessen bedienen. Bemerkenswerterweise wurde Uganda, seit seine Truppen im Kongo standen, zum Goldexporteur, und Ruanda verkaufte Coltan, obwohl die Rohstoffe in beiden Ländern nicht vorkommen.³ Schätzungen beziffern die nicht deklarierten Gewinne Ruandas und Ugandas aus den Geschäften im Kongo, vor allem durch Reexport der Rohstoffe, auf 203 Mio. \$ 1999 bzw. 188,6 Mio. \$ 2000. Der Anteil Ruandas lag dabei bei 163 Mio. – eine Summe, die 2000 7,1% des Bruttosozialprodukts entsprach.⁴

Die UN-Berichte von 2001 und 2002 haben auf vielen Seiten nachgewiesen, wie die Ausbeutung der Rohstoffe im Kongo den Krieg fördert und finanziert. Sie haben die Verstrickung der kongolesischen Milizen und Truppen, der Nachbarländer des Kongo und die Beteiligung deutscher, kanadischer, US-amerikanischer Firmen namhaft gemacht. Sie haben Sanktionen gegen die Konzerne sowie ein Embargo auf Mineralexporte aus Burundi, Ruanda und Uganda und die

Isolierung der sog. Rebellengruppen empfohlen. Geschehen ist wenig. Dabei wären diese Maßnahmen, würden sie nur umgesetzt, zusammen mit einer Unterbindung des Waffenhandels geeignet, die kriegerischen Auseinandersetzungen im Kongo, die durch Unterstützung und Einmischung von außen aufrechterhalten werden, auszutrocknen. Soweit bekannt, haben die Regierungen der USA, Großbritanniens, Belgiens oder Deutschlands noch nicht einmal auf die UN-Expertenberichte reagiert.

Jeder Tag, den das Abschlachten und Sterben im Kongo andauert, ist furchtbar. Aber es ist sicher, dass die EU-Eingreiftruppe, eingerichtet zur Durchsetzung der wirtschaftlichen und strategischen Interessen der EU-Mächte in aller Welt, absolut ungeeignet ist, Frieden im Kongo bzw. in seinem nordöstlichen Lan-



desteil herzustellen. Das gierige Interesse, das die alten Kolonialmächte in Afrika, das Frankreich, Großbritannien, Belgien, Deutschland an den Tag legen, ist der beste Beweis.

Kriegerische Modernisierung ?

Die Zukunft des Kongo ist ungewiss. Der Staat ist zerfallen, die öffentliche Verwaltung zusammengebrochen. Die kongolesische Regierung kann nicht einmal mehr einen Staatshaushalt aufstellen. Einen einheitlichen Wirtschaftsraum gibt es weniger denn je. Eine Infrastruktur existiert praktisch nicht: In dem Land, das so groß ist wie Westeuropa, gibt es gerade einmal 2.500 km Straßen. Die Deindustrialisierung ist weit vorangeschritten. Die Landwirtschaft kann die Bevölkerung nicht mehr ernähren. Einiges spricht dafür, dass die tiefe, in den anhaltenden Kriegen sich äußernde Krise das Scheitern eines Entwicklungsversuches bloßlegt – nicht nur im Kongo, sondern auch in anderen schwarzafrikanischen Ländern –, der die Kolonialökonomie nicht wirklich umwälzte. Die Wirtschaft blieb auf den Rohstoffexport ausgerichtet, auch wenn die Rohstoffgewinnung weitestgehend verstaatlicht wurde.

Die Landwirtschaft wurde kaum entwickelt, sie blieb überwiegend Subsistenzwirtschaft. In Zeiten vergleichsweise hoher Rohstoffpreise, v.a. in den 70ern, vergebte das Mobutu-Regime unzählige Millionen für großmannsichtige Großprojekte wie z.B. den unrentablen Inga-Shaba-Staudamm⁵. Das führte, zusammen mit der Verschlechterung der Terms of Trade, hohen Ausgaben für den staatlichen Repressionsapparat und der Bereicherung der kleinen Elite aus öffentlichen Mitteln, zu einer tiefen Verschuldungskrise, von der sich der Kongo nicht wieder erholte. Der nach Ende des Kolonialismus eingeschlagene Versuch der Modernisierung scheint definitiv gescheitert.

Es spricht aber ebenfalls einiges dafür, dass der Krieg im östlichen und nordöstlichen Kongo „so etwas wie eine Modernisierung im Zeitraffer“ erzwingt, auf jeden Fall eine tiefgreifende Umwälzung.⁴ Er hat die Agrarwirtschaft zerstört. Die meisten Bauern arbeiten entweder in den Minen, wo sie wenig genug verdienen, aber deutlich mehr, als sie auf ihren kleinen Höfen erwirtschaften konnten, oder sie schließen sich den Milizen der Warlords an, oder sie flüchten in die wenigen, vergleichsweise sicheren Städte, deren Bevölkerung rasch wächst.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten konzentrieren sich auf die Städte, wo so etwas wie eine auf Raub, Schmuggel und Gewalt gegründete Schattenwirtschaft „erblüht“ und an die Stelle der alten, zerstörten Infrastruktur das moderne Arsenal von Mobilfunkgeräten, Generatoren, Geländewagen und Kleinflugzeugen getreten ist – nur für eine kleine Elite, während die große Mehrheit der Bevölkerung an denselben Orten ohne funktionierende Strukturen auskommen muss.

Im Krieg jedenfalls wurden die alten Lebensverhältnisse der meisten Menschen zerschlagen, ohne dass jedoch eine neue Ordnung, die Überleben und Entwicklung ermöglicht, erkennbar ist. Ob und welche Auswege es aus dieser Krise gibt, im Kongo oder in anderen afrikanischen Ländern, wollen wir in dieser Zeitung in den nächsten Monaten weiter untersuchen. sc

1 Die Bürgerkriege bzw. Kriege, die den Kongo seit Mitte der 90er Jahre nicht zur Ruhe kommen lassen und an denen neben zahllosen kongolesischen Konfliktparteien fünf Nachbarländer beteiligt waren bzw. sind, haben ca. 3,5 Millionen Menschen das Leben gekostet – mehr als irgendein anderer Krieg seit Ende des zweiten Weltkrieges.

2 http://www.cbgnetwork.org/Übersicht/Kampagnen/Tantal-Import/Artikel_Tantalit/artikel_tantalit.html

3 *Die Tagespost*, 17.4.03

4 Dominic Johnson, In der Region der Großen Seen zeichnet sich die Zukunft Afrikas ab, *Le Monde diplomatique*, 15.2.2002

5 Der Staudamm hat ein Energiepotenzial von 40.000 bis 50.000 MegaWatt, was der Leistung von 40 bis 50 modernen Kernkraftwerken entspricht, aber seine Produktion beträgt nur 650 bis 750 MW, da die meisten Turbinen außer Betrieb sind.



Peru: Militärgewalt gegen Streikbewegung

Wochen heftiger Proteste haben den 17. Gipfel der 19 Präsidenten der „Rio Gruppe“ der lateinamerikanischen Staaten in Cusco, Peru eingeleitet. Während der Proteste kam es in Peru zu landesweiten Streiks in verschiedenen Sektoren: Lehrer, Transportarbeiter und andere. Weite Teile des Landes sind blockiert. Die Staatsgewalt reagiert auf die Proteste mit brutaler Gewalt. 10 bis 20 Menschen sind in den letzten Tagen verhaftet worden. Am Freitag verlor ein Lehrer bei einem Übergriff durch die Polizei ein Auge. Mittlerweile beträgt die Zahl der Streikenden 2 Millionen, der Präsident rief den Ausnahmezustand aus und die Armee ist jetzt im Einsatz. Die Proteste richten sich gegen die korrupten neoliberalen „demokratischen“ Regierungen, Einsparungen im Sozial- und Bildungsbereich, Steuererhöhungen, die Strukturanpassungsprogramme des IWF und die Auswirkungen der Freihandelszone FTAA. Deutlich wurde die Politik von Präsident Alejandro Toledo abgelehnt. Doch auch die Regierungsvertreter selbst gaben kritische Töne von sich. So heißt es in der unterzeichneten „Vereinbarung von Cusco“ u.a.: „Die Zeit des „Neoliberalismus“, in der ein Rückzug des Staates aus der Wirtschaft gepredigt worden sei, sei Vergangenheit...“. Künftig wolle man mindestens 20% der Zinsen für die Bedienung der Schulden in den Schuldnerländern für soziale Belange ausgeben. Weitere Themen waren u.a. die Lage in Venezuela und der Bürgerkrieg in Kolumbien. (Quelle: indymedia)

Entlassungen in Mexiko beschäftigen Conti HV

Illegale Massenentlassungen in Mexiko beschäftigten die Hauptversammlung der Reifenfirma Continental am 23. Mai in Hannover. Gewerkschafter aus Mexiko und Kritische Aktionäre aus Deutschland besuchten das Aktionärstreffen. – Sie werfen dem Management vor, die Fabrik der Tochterfirma Euzkadi im mexikanischen El Salto geschlossen und 1.164 Arbeiter entlassen zu haben, obwohl die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung dafür nicht vorlag. „Wir erhoffen uns vom Auftritt in der Aktionärsversammlung, dass nach eineinhalb Jahren Bewegung in den Fall kommt“, erklärt Jesús Torres Nuño, Generalsekretär der Euzkadi Gewerkschaft SNRTE. Er fordert den Vorstand der Continental AG auf, den seit Januar 2002 andauernden Streik der Belegschaft anzuerkennen und wieder Verhandlungen aufzunehmen. „Continental hat gegen die mexikanische Verfassung und gegen das mexikanische Bundesarbeitsgesetz verstoßen“, kritisiert Martin Wolpold-Bosien von der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN, die die Gewerkschafter nach Deutschland eingeladen hat. Zum gleichen Schluss kommt ein Rechtsgutachten, das die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch im Internet unter www.germanwatch.org/tw/euzjur-d.pdf veröffentlicht hat. Zur Conti Hauptversammlung am Freitag hatte der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre Gegenanträge eingereicht. „Wer in Mexiko produzieren will, muss die mexikanischen Gesetze einhalten“, fordert der Geschäftsführer des Dachverbands, Henry Mathews. Quelle: PE Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, 22.5.

VW expandiert in Polen

Der Konzern hat bekannt gegeben, dass er in Polen weitere 600 Mio. Euro investiert. In den Werken Gorzów und Antoninek bei Poznan werden künftig die Kleinbusse vom Typ T5 bzw. Kleintransporter produziert werden. Während die Produktionskapazitäten vervierfacht werden, soll die Zahl der Beschäftigten lediglich von bisher 3.400 auf 5.000 wachsen. Schon für 2005 erwartet VW Poznan einen Umsatz von 1,7 Mrd. Euro. Von den langfristigen Investitionsplänen des Konzerns in Polen zeugt auch die Absicht, hier ein neues Konstruktions- und Versuchszentrum zu schaffen. Quelle: Rzeczpospolita, 21.5.

Indonesien: Deutsch Kriegsschiffe gegen Unabhängigkeitsbewegung

Eine Woche nach der ersten Indonesienreise Schröders (Mitte Mai) meldete die Nachrichtenagentur dpa den Einsatz ehemals deutscher Kriegsschiffe gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Aceh. 1992

hatte die Bundesregierung gegen heftige Kritik u.a. von SPD und Grünen den Verkauf von 39 Kriegsschiffen der ehemaligen NVA-Flotte der DDR nach Indonesien genehmigt. Damals wurden vier der Schiffe im Hafen von Peenemünde aus Protest besetzt; die Besetzer fürchteten den Einsatz in Krisengebieten, u.a. Aceh, wo Militär mit rigoroser Härte gegen Unabhängigkeitsbestrebungen vorging. Die Kohl-Regierung rechtfertigte den Verkauf seinerzeit damit, dass sich die indonesische Regierung vertraglich dazu verpflichtet habe, die Schiffe nur zum Küstenschutz, zur Sicherung der Seewege gegen Piraterie und zum Einsatz gegen Drogenschmuggel einzusetzen. In Indonesien selbst stießen vor allem die mit dem Kauf verbundenen Kosten auf Kritik. So sah sich die indonesische Regierung dann aus Kostengründen auch nicht imstande, die Überholung der Schiffsmotoren vorzunehmen. Auch hier sprang die – inzwischen rot-grüne – Bundesregierung ein. Abgesichert mit Ausfuhrbürgschaften der Hermes AG finanzierte sie die Nachrüstung der Schiffe mit neuen Motoren aus bundesdeutscher Produktion. U.a. setzte jetzt die frühere „Hoyerswerda“ in der Stadt Lohkseumawe Panzer an Land. Über Bemühungen der Bundesregierung, Indonesien zur Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen anzuhalten, wurde bisher nichts bekannt. Quelle: www.friedensratschlag.de

Österreich: Israelitische Kultusgemeinde vor dem Aus

Die Jüdische Gemeinde in Österreich hat seit längerem mit Finanzproblemen zu kämpfen. Hauptursache sind die erhöhten Sicherheitsausgaben nach Anschlägen auf jüdische Einrichtungen 1978/81 und 1985. Das derzeitige Jahresbudget der Kulturgemeinde beträgt 11,2 Mio. Euro im Jahr. 20% davon werden für die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen benötigt. Die jüdische Gemeinde fordert von der Regierung Zuschüsse in Höhe von 2,7 Mio. Doch die Verhandlungen über zusätzliche Finanzmittel mit der zuständigen Ministerin Ghehr (ÖV) sind jetzt gescheitert. Kanzler Schüssel soll Stuart Eizenstat gegenüber, der ihn auf die Notwendigkeit einer Lösung der finanziellen Probleme hinwies, den Vorschlag, die auf Grund des hohen Sicherheitsbedarfs entstehenden Kosten zu übernehmen, mit der Äußerung quittiert haben, die Regierung sei nicht bereit, „Mossad-Agenten zu subventionieren“. Vom jüdischen Gemeindevermögen, das die Nazis zerstört bzw. „arisiert“ hatten, hat die Kultusgemeinde lediglich unbebaute Grundstücke sowie unzureichende Entschädigungszahlungen zurückerhalten. Seit 1945 bemüht sich die Kultusgemeinde vergeblich um eine gerechte Lösung. Quelle: Artikel von Brigitte Zarzer unter: www.heise.de

Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN. Mit Infoständen, einer Demonstration und einem internationalen Fest protestierten am 24. Mai 2003 in München rund 800 Menschen gegen die Missachtung der Rechte von Flüchtlingen und Migranten. Zu der Aktion, an der sich eine große Zahl von Flüchtlingen aus afrikanischen Ländern beteiligte, hatten Flüchtlingsräte, die Karawane und weitere Menschenrechtsorganisationen aufgerufen. Sie forderten ein Ende der Lagerunterbringung von Flüchtlingen sowie die Abschaffung der Ausreisezentren genannten Abschiebelager. Matthias Weinzierl vom Bayerischen Flüchtlingsrat betonte, dass nicht Politiker wie Bayerns Innenminister Beckstein das Hauptproblem seien, sondern der in Deutschland vorherrschende gesellschaftliche Grundkonsens über die Diskriminierung von Flüchtlingen. „Das System der Lager ist eine Form der sozialen Isolation und der systematischen Ausgrenzung von Flüchtlingen aus der deutschen Gesellschaft. Dies sind die Voraussetzungen, um Abschiebungen reibungslos durchführen zu können“, meint auch der afrikanische Karawane-Aktivist Akakpo Dossou.

Nick Brauns



Flüchtlingsrat zum 10. Jahrestag des sogenannten Asylkompromisses

KIEL. Zehn Jahre nach dem Asylkompromiss, kann festgestellt werden, dass die Strategie, die Verantwortung für Flüchtlinge in vorgelagerte angeblich „sichere Drittstaaten“ abzuschieben und die Abschreckungsinstrumente, wie stark eingeschränkte soziale Versorgung bei gleichzeitigen Restriktionen beim Arbeitsmarktzugang, der z.T. übliche Zwangsaufenthalt in „Lagern“ und die Residenzpflicht und die Abschiebepaxis, zu einem erheblichen Rückgang der Zahl von Flüchtlingen in Deutschland geführt haben. Diejenigen alsbald wieder loszuwerden, die sich nicht abschrecken ließen, verhindern in einigen Fällen – zum Bedauern mancher Politiker – lediglich internationale Verpflichtungen Deutschlands zur Flüchtlingsaufnahme. Die anderen, ca. 227.000 De-fakto-Flüchtlinge, die nach dem geltenden Asylrecht nicht als politisch Verfolgte anerkannt sind, aber auch nicht abgeschoben werden können, leben teilweise seit Jahren in der Bundesrepublik in rechtlicher Grauzone: behördlich nur „geduldet“, aber ohne Recht auf Integrationsförderung. Diese Menschen, zum Nichtstun verurteilt, stehen im Blick der Öffentlichkeit als „Schmarotzer“ da.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. unterstützt gemeinsam mit Verbänden, kirchlichen und anderen sozialen Einrichtungen Schleswig-Holsteins die Initiative der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL „Hier geblieben – Recht auf Bleiberecht“ für „langjährig hier lebende Menschen mit Duldung bzw. ohne Aufenthaltsrecht“ und fordert für sie ein Bleiberecht in unbeschränkter sozialer Teilhabe.

Darüber hinaus fordert der Flüchtlingsrat die Abschaffung aller für Flüchtlinge und MigrantInnen diskriminierenden wirkenden Gesetze, Bestimmungen und

Behandlungen in der Bundesrepublik Deutschland. www.frsh.de

Aktionstage vom 25.7. bis 3.8.2003 gegen das geplante „Bombodrom“

WITTSTOCK. Bundesregierung und Bundeswehr planen noch für diesen Sommer die Inbetriebnahme eines über 140 qkm großen Luftkriegs-Übungsplatzes in der Kyritz-Ruppiner-Heide. „Der Truppenübungsplatz und Luft-/Boden-Schießplatz Wittstock soll ... dem Zweck dienen, den Ausbildungsstand der Einsatzkräfte – hier insbesondere der Krisenreaktionskräfte – zu halten und zu verbessern“ (der Oberbundesanwalt im Prozess vor dem Bundesverwaltungsgericht).

Aus der Resist-Kampagne gegen den Irak-Krieg heraus hat sich Ende April „RESIST WAR – für eine FREIE HEIDE“ gegründet. Ziele sind der Widerstand mit direkten gewaltfreien Aktionen und zivilen Ungehorsam und die Verhinderung eines Luftkriegs-Übungsplatzes zwischen Wittstock, Kyritz und Rheinsberg.

Vom 25.7. bis 3.8.2003 sind u.a. die Begehung und zeitweilige Besetzung des vorgesehenen Übungsgeländes durch Aktionsgruppen geplant. Kulturelle und künstlerische Initiativen auf und um den Platz herum werden den Unterschied

zwischen den dröhnend-kriegerischen Plänen der Politiker/Militärs und der Alternative des Friedenstourismus und einer ökologischen Entwicklung für die gesamte Region verdeutlichen. Die Forderungen lauten: • Für den Frieden – NEIN zum Krieg • Für zivile und gewaltfreie Konfliktlösungen – NEIN zu Militär und Rüstung • Für neue Entwicklungs-, Gesundheits- und Bildungsprogramme • NEIN zur Militarisierung von Gesellschaft und internationaler Politik • Für eine zivile und ökologische Entwicklung in der Region • NEIN zum „Bombodrom“

www.freieheide-nb.de

Aktionsaufruf der Anti-Hartz-Bündnisse für den 28. Juni 2003

BERLIN. Das Koordinierungstreffen der regionalen „Anti-Hartz-Bündnisse“ ruft zur einer zentralen Protestveranstaltung am 28. Juni 2003 in Berlin auf. Es bittet alle, die sich aktiv an der Veranstaltung beteiligen wollen, sich mit dem Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen in Verbindung zu setzen. (der_runde_tisch@web.de). In dem Aufruf heißt es: „Zum 1. Januar 2004 plant die Bundesregierung die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe. Danach soll es nur noch ein „Arbeitslosengeld II“ in Höhe (oder knapp darüber) der Sozialhilfe geben. Aus einer bisher an der Arbeitslosenversicherung orientierten Leistung wird dann eine Fürsorgeleistung. Zusammen mit den Leistungskürzungen und der Auflösung jeglicher Zumutbarkeitsregelung („alles wird zumutbar“) erhöht sich nochmals der Druck auf Arbeitslose jede schlechtbezahlte Arbeit und jeden prekären Billigjob annehmen zu müssen. Not macht erpressbar! Damit gerät das Lohngefüge der heutigen Beschäftigten unter gehörigen Druck.“

Wir rufen alle Erwerbstätigen und ihre Organisationen, alle Wohlfahrtsverbände, alle kirchlichen Organisationen,



alle Erwerbslosen und ihre Organisationen und alle sonstig Interessierten auf: Verhindern wir die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe! Nur durch massenhaften Druck von der Straße werden die Herrschenden zu beeindrucken sein! Wenn wir heute nicht eingreifen, werden wir morgen keinerlei sozialen Rechte mehr haben!“
www.bag-shi.de

Studentenverbindungen in der Kritik – Tagung am 5. Juli in Marburg

MARBUG. Eliten – Männerbünde – Vaterland. Studentenverbindungen in der Kritik, so lautet das Thema der Tagung am 5. Juli 2003 von 10–19 Uhr im Hörsaalgebäude der Marburger Universität. Sie will jenen kritischen WissenschaftlerInnen ein Forum bieten, die sich mit dem Thema Korporationen beschäftigen. Dort sollen sie die Möglichkeit erhalten, ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren und gemeinsam zu diskutieren. Der Kongress richtet sich dabei jedoch auch explizit an alle Interessierte.

Themen sind u.a.: Konservative Eliten allgemein, Überblick über studentische Verbindungen, innere Strukturen, Männerbünde, Mensur, Deutsche Burschenschaft und Neue Deutsche Burschenschaft, Deutschlandpolitik und Europastrategien in der DB und NDB, Wingolf, Corps, Studentenverbindungen in der Schweiz, männliche Elite ...

ReferentInnen sind u.a.: Lynn Blattmann, Robert Erlinghagen, Eva Gottschaldt, Dietrich Heither, Jörg Kronauer, Alexandra Kurth, Stephan Peters, Gerd Wiegel, Susanne Stöver. Angefragt: Michael Hartmann, Hajo Jürgens, Birgit Sauer, Gerhard Schäfer.

VeranstalterInnen: Projekt „Konservatismus und Wissenschaft“ e. V., Gruppe dissident, AStA der Universität Marburg, Bündnis gegen Rechts Marburg.

Kontakt und Informationen: *tagung-marburg@gmx.de* und *www.p-kw.de*

Grundrechtebericht 2003 von der Humanistischen Union und anderen

BERLIN. Am 22. Mai 2003 – dem Tag vor dem Verfassungstag – wurde der jährliche Grundrechte-Report der Öffentlichkeit präsentiert. In 34 Beiträgen zieht der sich als „alternativer Verfassungsschutz“ verstehende Report Bilanz zum Zustand der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Im Jahr nach den Antiterrorgesetzen droht die Freiheit der Sicherheit immer selbstverständlicher geopfert zu werden. Die herausgebenden Bürgerrechtsorganisationen warnen vor einem „Gewöhnungseffekt“, der entstehen könne. Vier Beiträge des Grundrechte-Report 2003 setzen sich intensiv mit Fragen des Datenschutzes auseinander: Sönke Hilbrans fragt nach dem Datenschutz für Globalisierungskritiker, die an Europa weiten Demonstrationen teilnehmen. Thilo Weichert, Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Datenschutz,

überprüft die Datenspeicherung von Atomkraftgegnern als ein Beispiel für die Speicherung von Daten politisch Oppositioneller. Bettina Sokol, Datenschutzbeauftragte in Nordrhein-Westfalen, befasst sich mit datenschutzrechtlichen Problemen von Prepaid-Karten beim Handykauf. Tjark Sauer würdigt die Folgen der Rasterfahndungen nach dem 11. September 2001. Mit der Einführung des § 129 b Strafgesetzbuch setzt sich Heiner Busch auseinander. Schließlich befasst sich Dieter Deiseroth mit der Zulässigkeit einer deutschen Beteiligung an dem Präventivkrieg gegen den Irak, den er unter Anlegung verfassungsrechtlicher Maßstäben für unzulässig hält.

ISBN 3-499-23419-X, 240 S., 9,90 Euro



Baden-Württemberg nennt seine abgelehnte Studiengebühr einfach um

STUTTGART, BONN. Studieren kostet in Baden-Württemberg künftig 40 Euro Gebühren pro Semester. Das hat der Landtag mit der Einführung eines Verwaltungskostenbeitrages in Höhe von 40 Euro beschlossen. Dazu erklärt Klemens Himpele, Geschäftsführer des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS): „Obwohl das Bundesverfassungsgericht erst am 19. März 2003 die Rückmeldegebühren für verfassungswidrig erklärt hat, erdreistet sich das Land Baden-Württemberg, erneut die Einführung von umbenannten Studiengebühren zu beschließen. Diese Abzocke soll zum Stopfen von Haushaltslöchern dienen. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren lehnte jede Art von Hochschulgebühren aus bildungs- und sozialpolitischen Gründen ab.“

Das Aktionsbündnis weist auch den Vorwurf zurück, ein generelles bundeseinheitliches Studiengebührenverbot sei verfassungswidrig. Es fordert die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt auf, von ihrer geplanten Klage gegen die sechste HRG-Novelle abzusehen und stattdessen eine qualitative Verbesserung der Hochschulen anzugehen. Dabei müsse von Studiengebühren abgesehen werden, da diese das Studium noch stärker vom Einkommen und Vermögen der Eltern abhängig machten. Das ABS weist darauf hin, dass auch das Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bei der UNO ein bundeseinheitliches Gebührenverbot einfordert. In ei-

nem Bericht von 2001 empfiehlt das Komitee, eine Reduzierung der Gebühren in die Rahmengesetzgebung aufzunehmen – mit dem Ziel, diese abzuschaffen.

www.gute-bildung.de

Erfolgreiches Volksbegehren in Hamburg: „Gesundheit ist keine Ware“

HAMBURG. Mehr als 100.000 Hamburgerinnen und Hamburger haben dem Volksbegehren „Gesundheit ist keine Ware“ zum Erfolg verholfen. „Das ist eine deutliche Barriere für den Senat“, sagt ver.di-Landeschef Wolfgang Rose: „Die Verhandlungen zum Verkauf der Mehrheit des Landesbetriebes Krankenhäuser oder einzelner Kliniken müssen gestoppt werden. Das Votum des ersten Hamburger Volksbegehrens ist eindeutig: Die LBK-Krankenhäuser sollen mehrheitlich der Stadt und den Bürgern gehören, nicht profitorientierten Medizinkonzernen. Eine kalte Enteignung durch Privatisierung werden wir nicht hinnehmen. Der Senat sollte die richtigen Konsequenzen aus dieser neuen Lage ziehen. Sonst kommt ein Volksentscheid.“

Die Initiatoren des Volksbegehrens, Wolfgang Rose (ver.di-Landesbezirksleiter), Erhard Pumm (Vorsitzender DGB Hamburg) und Ulrich Meinecke (stellv. ver.di-Landesbezirksleiter) haben die Eintragungslisten am 20. Mai 2003 an Staatsrat Walter Wellinghausen als Vertreter des Senats im Rathaus übergeben.

www.verdi.de

Hürden für Volksbegehren/-entscheide in Thüringen werden gesenkt

ERFURT. Nach Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hat die Bürgeraktion „Mehr Demokratie“ jetzt auch in Thüringen den Ausbau der direkten Demokratie erreicht. Zweieinhalb Jahre nach Abschluss des von 363.000 Bürgern unterstützten Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Thüringen“ einigten sich CDU, SPD und PDS am 14. Mai 2003 auf eine umfassende Reform der Bürgerrechte. Die Reform sieht vor, die bisherige Unterschriftenhürde von 14 Prozent für ein Volksbegehren deutlich herabzusetzen. Künftig können die Initiatoren zwischen zwei Verfahren wählen. Entscheiden sie sich für die freie Sammlung, gilt ein Quorum von zehn Prozent mit einer Frist von vier Monaten. Bei der Amtseintragung sinkt die Hürde auf acht Prozent, die Frist beträgt dann zwei Monate. Auch der Volksentscheid wird erleichtert. Er ist gültig, wenn 25 Prozent (bisher 33 Prozent) der Stimmberechtigten zustimmen. Bei verfassungsändernden Abstimmungen wird das Quorum von 50 auf 40 Prozent gesenkt. „Die Richtung stimmt“, sagte die Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie, Claudine Nierth. „Aber die Reform ist nur ein Etappensieg, nicht der Zieleinlauf auf dem Weg zu fairen Volksentscheiden.“ *www.mehr-demokratie.de*

In der Auseinandersetzung um die Gemeindefinanzen wird immer deutlicher eine Kommunalbewegung erkennbar. Die Bewegung wird gegenwärtig noch ganz überwiegend von Menschen getragen, die in der Kommunalpolitik tätig sind.

Der schon seit langem streitige Diskurs zwischen der Kommunalpolitik hier und Bund und Land da, beginnt sich aus den durch Staatsstruktur und zentralistische Parteien gegebenen Institutionen herauszulösen. Die Sache kommt an

die Öffentlichkeit. – Was ist die Sache? In den Stellungnahmen, die wir auf diesen Seiten in Auszügen darstellen, geht es nicht nur um „mehr Geld“. Die Repräsentanten der Gemeinden fordern in den verschiedensten Formulierungen auch

Protestaktionen zur kommunalen Finanzkrise – am 27. Juni will der Städtetag den Druck verstärken

MÜNCHEN. Der Bayerische Städtetag unterstützte die Großkundgebung des Bayerischen Gemeindetags am 21. Mai in oberpfälzischen Berching. Er kündigte an, dass weitere Aktionen um den 27. Juni 2003 folgen werden, wenn die Gemeindefinanzreform nicht gelingt.

„Wir müssen den verantwortlichen Politikern die Augen öffnen, damit ihnen die desolatte Finanzlage der Städte und Gemeinden im wahrsten Sinne des Wortes begreiflich wird“. Mit diesen Worten kündigte der Vorsitzende des Bayer. Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, eine Aktionswoche der bayerischen Städte für den Fall an, dass weder in Berlin noch in München eine wirklich tragfähige und akzeptable Reform der Gemeindefinanzen auf den Weg gebracht wird. Deimer: „Unsere Geduld ist am Ende. Wir fühlen uns in der schwersten Finanzkrise der Städte und Gemeinden nach dem Krieg von unseren Mandatsträgern im Stich gelassen!“. Der Vorstand des Bayer. Städtetags begrüßt daher die Absicht des Deutschen Städtetags, für den Fall eines Misserfolgs der Gemeindefinanzreform am 27. Juni 2003 in Berlin eine Protestkundgebung mit Oberbürgermeistern und

Bürgermeistern aus einer möglichst großen Zahl deutscher Städte durchzuführen. Der Bayer. Städtetag wird dann zeitnah mit dieser Veranstaltung zu einer Aktionswoche der bayerischen Städte und Gemeinden aufrufen.

Im Mittelpunkt dieser Aktionswoche der Städte soll die symbolische Schließung von möglichst vielen bayerischen Rathäusern und öffentlichen Einrichtungen mit gezielter Öffentlichkeits- und Informationsarbeit der Stadtoberhäupter, Stadträte und weiteren Verantwortlichen der Stadtverwaltungen stehen. Flankiert werden soll dieser symbolische Akt mit Einzelaktionen, die spürbar machen, was es bedeutet, wenn den Kommunen finanziell das Wasser bis zum Hals steht. Die bayerischen Städte denken dabei beispielsweise auch an einen zeitlich begrenzten Stopp aller städtischen Busse und Bahnen. Selbstverständlich wird man dabei auf die Sicherheit der Bürger und das richtige Maß achten. Der Städtetag setzt auf den Einfallstreichtum seiner Mitglieder.

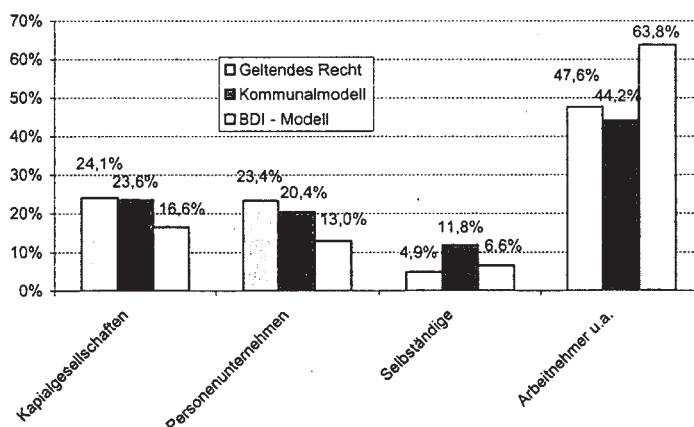
www.bay-staedtetag.de

Beiträge verschiedener Gruppen zur kommunalen Steuerbasis

Quelle: Deutscher Städtetag, Vorbericht zur 177. Sitzung des Hauptausschusses am 13.5.03

	Geltendes Recht		Kommunal-Modell		BDI/VC-Modell	
	Mrd.€	%	Mrd.€	%	Mrd.€	%
Kapitalgesellschaften	12,08	24,1	12,74	13,6	8,31	16,6
Personenunternehmen	11,73	23,4	11,00	20,4	6,50	13,0
Selbständige	2,4	4,9	6,38	11,8	3,32	6,6
Sonstige ESt- Pflichtige (u.a.Arbeitnehmer)	23,86	47,6	23,92	44,2	32,02	63,8
Zusammen	50,15	100,0	54,04	100,0	50,15	100,0

Beitrag zur kommunalen Steuerbasis in %



Die Grafik stellt nur die Strukturveränderungen der kommunalen Steuerbasis (ohne Grundsteuer, Umsatzsteuer und sonstige Gemeindesteuern) dar, erlaubt jedoch keine Aussagen zu etwaigen absoluten Erhöhungen oder Verringerungen in der Gesamtbelastung der einzelnen Gruppen der Steuerpflichtigen.

Magdeburg: Positives Echo auf die Aktionswoche Rettet die Kommunen

Eine positive Bilanz hat das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt zur Aktionswoche „Rettet die Kommunen“ gezogen. „Bedauerlich ist für uns nur, dass wir bei der Landesregierung keine Bewegung in Sachen Kommunalfinanzen feststellen. Das wichtigste Signal, die Kürzungen beim Finanzausgleich zurückzunehmen, ist leider ausgeblieben.“ Dem konnte auch Innenminister Klaus Jeziorski nicht widersprechen, der bei einem Arbeitsbesuch dem Präsidium des Städte- und Gemeindebundes heute Rede und Antwort stand.

In der zurückliegenden Woche hatten sich viele Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt aktiv unter dem Motto „Rettet die Kommunen“ an der Aktionswoche des Städte- und Gemeindebundes beteiligt. So hatte die Stadt Rossau mit einem symbolischen Trauerzug die kommunale Selbstverwaltung zu Grabe getragen. In

Burg griffen Oberbürgermeister und Verwaltungsmitarbeiter zum Pinsel, um eine Kindertageseinrichtung zu streichen, in Magdeburg und Dessau waren kurzzeitig Service-Einrichtungen der Städte geschlossen worden und in Halle hatte die Stadt symbolisch das Licht ausgeschaltet.

Unterstützung erhielt der Innenminister bei seinen Bemühungen, die allgemeinen Zuweisungen schnellstens zu erhöhen und dafür auf zweckgebundene zu verzichten. Hier gelte es, so verschiedene Redner des SGSA, Ressortegoismen zu überwinden die Kommunen zu stärken und einem Abbau von Bürokratie zu erreichen.

Das Präsidium des SGSA war sich einig darin, mit den Informationen für die Bevölkerung fortzufahren. „Es darf nicht der Eindruck entstehen, nach einer Aktionswoche ist die Sache vom Tisch.“

(Aus einem Bericht des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt: www.komsanet.de)

eine Ausweitung ihrer Handlungsspielräume. Sie sehen sich nicht als Ausführungsgehilfen der höheren staatlichen Ebenen. Das schlägt auch auf die Fragen der Finanzierung durch. Hier setzt sich auf breiter Front die Forderung nach ei-

ner Ausweitung der kommunalen Steuerbasis durch. Wenn auch der Gedanke, die Beziehung zwischen den Steuerpflichtigen und der Kommune auszubauen, breit um sich gegriffen hat, ist andererseits die Diskussion um die Bürgerbe-

teiligung bei der Gestaltung des Haushaltes erst am Anfang. Schritte in dieser Richtung sollten der gegenwärtigen Kommunalbewegung die Entwicklung zu einer breiten, die ganze Öffentlichkeit erfassende Bewegung ermöglichen.



Berching. Deutschlands größte Bürgermeister-Demo. Aus ganz Bayern waren am 21. Mai 2003 Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder und sonstige von der kommunalen Finanznot Betroffene in die oberpfälzische Stadt Berching (Lkr. Neumarkt) gekommen. Am frühen Nachmittag waren es geschätzte 5.000 Teilnehmer, die die vom Gemeindetag organisierte Großveranstaltung unter dem Motto „Rettet die Kommunen!“ zu einer bislang nicht gekannten Demonstration kommunaler Geschlossenheit machten. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl rief die Bundesregierung dazu auf, den notleidenden Städten und Gemeinden durch sofortige Senkung der Gewerbesteuerumlage Geld in die leeren Rathauskassen zu bringen. Bundeskanzler Schröder forderte er zur Einhaltung seines Versprechens auf, am 1. Januar 2004 die versprochene Reform der Gemeindefinanzen in Kraft zu setzen. Die Bayerische Staatsregierung rief er auf, sich stärker als bisher im Bundesrat für die gemeindlichen Interessen stark zu machen. Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein sicherte den Bürgermeistern zu, dass der Freistaat als Ausfallbürge für den Fall einspringen werde, wenn die versprochene Gemeindefinanzreform des Bundes nicht zum 1. Januar 2004 in Kraft tritt. Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebunds forderte eine Revitalisierung der ausgehöhlten Gewerbesteuer auf Bundesebene und die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in das Grundgesetz. www.bay-gemeindetag.de

Schwerin: Wir waren auf der Straße!

Einen der kältesten April-Tage hatte sich der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern für seine Demonstration unter dem Motto „Rettet die Kommunen“ „ausgesucht“. Um 10 Uhr waren aber alle präsent.

Der Alte Garten stand voller Autos und Busse, der Marktplatz war gut gefüllt mit unseren Kommunalpolitikern (ca. 500 bis 700 Teilnehmer). Viel Fernsehen, Rundfunk und Presse war anwesend. Blickpunkte für viele Fotos waren immer wieder die Fahnen, Transparente und Schilder, vor allem aus den Kreisverbänden Demmin, Güstrow und Nordvorpommern. Aber auch Ostvorpommern und der Kreisverband Uecker-Randow waren mit großen Bussen angereist.

Kräftige Worte und lustige Wortspiele für die an sich traurige Situation führten zum größten Beifall und wärmten die Teilnehmer auf. Man war sich einig unter den Kundgebungsteilnehmern, unter

denen teilweise auch Landtagsabgeordnete standen.

Der Ruf „Rettet die Kommunen“ richtet sich an Bund und Land, an Regierungen und Landtage, an Gerichte und Rechnungshöfe. Die Kommunen brauchen nicht nur Geld zur Rettung, sondern vor allem Freiräume, Deregulierung und Vertrauen!

Die Stimmung unter den angereisten Kommunalpolitikern war gut und kämpferisch. Trotz viel Sonne war es aber gut, dass die Versammlung nicht bis fünf nach Zwölf ging, wie ursprünglich geplant. Vorsitzender Dr. Reinhard Dettmann versprach, dass es nicht wieder neun Jahre dauert, bis die kommunale Familie das nächste Mal demonstriert! Solange Bund und Land die Interessen der Kommunen vernachlässigen, müssen Kommunalpolitiker auch einmal Flagge zeigen und auf die Straßen gehen.

Aus einem Bericht vom 9. April 2003 aus der Homepage des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern: www.stgt-mv.de/

Main-Kinzig: Bürgermeister wollen auf die Straße gehen

Die Bürgermeister des Main-Kinzig-Kreises wollen angesichts leerer Kassen in ihren Kommunen auf die Straße gehen. Diese Demonstration, die noch im Sommer in Gelnhausen stattfinden soll, kündigte Freigerichts Bürgermeister Manfred W. Franz am 29. April 2003 in einer Pressemitteilung an. Die Städte, Gemeinden und Kreise steckten in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik, so Franz. Deshalb habe der Deutsche Städte- und Gemeindebund bundesweit die Initiative „Rettet die Kommunen“ gestartet. Und auch die Kreisversammlung der Bürgermeister im Main-Kinzig-Kreis beabsichtige, sich gemeinsam mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund noch in den Sommermonaten mit einer zentralen Demonstrationsveranstaltung in Gelnhausen an dieser Kampagne zur Bürgerinformation zu beteiligen. Dies deshalb, weil die Kommunen zunehmend ihre Handlungsfähigkeit verlieren und ihre Leistungen gegenüber Bürgern und Wirtschaft nicht mehr erbringen könnten.

Die Ursachen liegen laut Franz auf der Hand: Drastische Einbrüche bei den Steuereinnahmen und explodierende Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich, führten zu einer beispiellosen Talfahrt kommunaler Investitionen. Dies habe verheerende Auswirkungen auf die lokalen Arbeitsmärkte, denn mangelndes Wirtschaftswachstum lasse die Arbeitslosigkeit weiter steigen und verschärfe durch ständig steigende Soziallasten die Haushaltslage.

In dieser Situation stelle sich nicht nur die Frage nach der Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch die Frage nach der Zukunft unseres Gesellschaftsmodells. Denn immer neue Aufgaben, neue Kosten sowie eine Flut neuer Vorschriften reduzierten die Handlungsspielräume der Kommunen gegen null. Diese Gesamtentwicklung sei keine hausgemachte Finanzmisere der Kommunen. Deshalb sei es an der Zeit, klare Zeichen zu setzen, betont Franz. Und: Städte, Gemeinden und Kreise müssen sich aktiv und vor allem auch gemeinsam mit ihren Bürgern wehren.“

Gelnhauser Tageblatt 30.04.03, www.gelnhaeuser-tageblatt.de, www.rettet-die-kommunen.de



Rechtsextreme in Oberbayern formieren sich neu

Nahezu unbemerkt hat sich die extreme Rechte in München und Oberbayern neu formiert. Unter dem harmlosen Namen „Demokratie direkt e.V.“ ist eine Dachorganisation entstanden, die national-konservative Kräfte vom rechten Rand der CSU mit etablierten Rechtsparteien wie den Republikanern und offen neonazistischen „freien Kameradschaften“ verbindet. Als eingetragener Verein mit Spendenkonto, Internet-Seite und Zeitung sieht sich „Demokratie direkt“ als „eine Organisation, die die Parteigrenzen überwinden möchte“ und „Versuch einer regionalen Selbstorganisation“.

Das Konzept geht auf den Diskussionsbeitrag „Bewegung statt Partei“ des Augsburger Roland Wuttke im rechtsintellektuellen Strategieblatt Nation & Europa vom Frühjahr 2002 zurück. Wuttke, der auch presserechtlich Verantwortlicher von „Demokratie direkt“ ist, gehört der rechtsextremen Deutschlandbewegung des ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten und „Friedens-Nazis“ (Indymedia) Alfred Mechttersheimer an. Ausgehend von der Erkenntnis, dass bisherige Versuche rechter Parteibildung regelmäßig nach Anfangserfolgen durch Zersplitterung, Postenschacher, Inpassung an das System und Flügelkämpfe gescheitert seien, forderte Wuttke, „die Zerstrittenheit im nationalen Spektrum durch Zellenbildung auf unterster Ebene“ auszuhebeln. Diese Zellen könnten als „Stammtische“ Gleichgesinnter beginnen, auf denen Themen wie „Bau einer Moschee oder eines Asylantenheims“ diskutiert würden. Mit Flugblättern, Infoständen und Mahnwachen sollte am Aufbau einer Gegenöffentlichkeit gearbeitet werden. „Dabei eignen sich besonders Themen, die in der veröffentlichten

Meinung tabuisiert werden, zumindest aber zu kurz kommen: Kriegspolitik an der Seite der USA, Bevorzugung des Großkapitals, Missbrauch von Steuergeld, deutsche Milliardenzahlungen ans Ausland, Schächten und Tierschutz, Überfremdung und Bagatellisierung von Ausländergewalt und so weiter.“ Im Vordergrund sollte das jeweilige Thema und nicht die Partei stehen. Mit einer „neutralen Ansprache“ ließen sich auch Menschen gewinnen, die bisher grün oder rot gewählt hätten.

An der Aufmerksamkeit der Friedensdemonstranten scheiterte die Teilnahme von „Demokratie direkt“ an der Großdemonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz Anfang Februar in München. Schon eine Woche später demonstrierten auf einer Kundgebung von „Demokratie direkt“ und dem früher von Mechttersheimer geleiteten „Deutsch-Arabischen Friedenswerk“ Mitglieder des neonazistischen „Aktionsbüros Süd“, der Republikaner und der Deutschen Partei gegen den „USraelischen Imperialismus“. Der „Demokratie direkt“-Redner Thomas S. Fischer soll der CSU angehören. Während Palästinenser aus München die Kundgebung kurz nach Beginn verließen, waren dort noch Fahnen der Gewerkschaft Verdi zu sehen, da offensichtlich nicht jeder Friedensaktivist sofort den rechtsextremen Charakter der von der „Süddeutschen Zeitung“ als Friedenskundgebung angekündigten Veranstaltung durchschaute.

Bei einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens sammelte „Demokratie direkt“ am 13. Februar Unterschriften für den Erhalt des Altbaukellers unter dem Münchner St.-Jakobs-Platz. Hinter

dieser Forderung verbirgt sich offener Antisemitismus, da auf dem Jakobs-Platz augenblicklich ein jüdisches Zentrum mit Synagoge und Museum gebaut wird.

Neben Republikanerstadtrat Johann Pius Weinfurter beteiligen sich an den Aktionen von „Demokratie direkt“ vor allem die Anhänger der als „Aktionsbüros Süd“ auftretenden Kameradschaft um Nazikader Martin Wiese. Die Gruppe erlangte bundesweite Bekanntheit, als sie vor 2½ Jahren den Griechen Artemios halb tot schlug. Nur das Eingreifen türkischer Jugendlicher rettete das Opfer.

An einem am Abend des 25. April von „Demokratie direkt“ veranstalteten Aufmarsch vor der Feldherrenhalle auf dem Odeonsplatz nahmen vor allem jugendliche Neonazis, darunter viele Skinheads, teil. Die rund 60 Faschisten gedachten des „Ostfrontkämpfers Reinhold Elstner“, der mit seiner Selbstverbrennung auf diesem Platz im Jahr 1995 ein „Fanal“ gegen die „Verleumdung und Verteufelung des deutschen Volkes“ setzen wollte.

Am 22. Mai fand schließlich eine öffentliche Diskussionsveranstaltung von „Demokratie direkt“ mit den ehemaligen Europaabgeordneten und Verleger neonazistischer Schriften Harald Neubauer zum Thema „Völkerrecht oder Krieg ohne Ende“ statt. Zweiter Referent war Rep-Stadtrat Weinfurter. Zu der Veranstaltung in der Giesinger Genossenschaftsgaststätte „Zur Freundschaft“ an der Ecke Weißensee/Wieskirchstraße kamen rund 100 Zuhörer, davon über die Hälfte Neonazis und Skinheads aus dem Umfeld des „Nationalen Widerstands“.

Viele Anwohner zeigten sich besorgt über die regelmäßig in der „Freundschaft“ stattfindenden Naziversamm-

Antrag an den Münchner Stadtrat

Bericht über die Organisation Demokratie-Direkt!

Baut sich in München ein neues Netz rechtsextremer Gruppen auf?

Welche Rolle spielt der Stadtrat der „Republikaner“?

1. Dem Kreisverwaltungsausschuss werden die Strukturen des rechtsextremen Netzwerkes „Deutschland-Direkt“ bzw. „München-Direkt“ dargelegt. Es soll dargelegt werden, inwieweit „Deutschland-Direkt“ und „München-Direkt“ den Versuch darstellen, die zersplitterte rechtsextreme Szene wieder zu bündeln.
2. Es ist besonders zu bewerten, dass in der Zeitschrift und im Internet-Auftritt

von „München-Direkt“ kaum verbrämter Antisemitismus und Rassismus geäußert wird.

3. Weiterhin soll dargestellt werden, welche Möglichkeiten bestehen zu verhindern, dass unter der Rubrik „links enttarnt“ versucht wird, der rechtsextremen Szene besonders hassenswerte Personen zu benennen. In der Januar-Ausgabe von „München-Direkt“ trifft dies den Unterzeichnenden, in der nächsten Ausgabe einen Journalisten.

4. Die Zeitschrift „München-Direkt“ wurde vom Stadtrat der Republikaner an andere StadträtInnen verschickt mit der Aussage: „Ich möchte insbesondere bei Tabuthemen neue Wege des Dialogs mit dem Bürger suchen. Wie dies aussehen kann, finden Sie anbei in der Internet-Zeitung „München direkt“, die

künftig regelmäßig erscheinen wird.“ Wie bewertet der Oberbürgermeister diesen Schulterschluss eines Münchner Stadtrates mit der rechtsextremen Szene?

Begründung: Die zersplitterte rechtsextreme Szene versucht sich neu zu formieren. Einer dieser Versuche ist die Plattform „Deutschland direkt“ mit dem lokalen Ableger „München-direkt“. In dieser Internet-Plattform wirken Vertreter der rechtsextremen Kameradschaften ebenso mit wie (ehemalige) NPD-Funktionäre, Vertreter der „Deutschland-Bewegung“ und die Republikaner. Das Kreisverwaltungsreferat wird gebeten darzustellen, welche Erkenntnisse von Seiten der Verwaltung über diesen Zusammenschluss bestehen. In dieser Zeitschrift werden an-

lungen. In dem Stadtviertel leben rund 80% Migranten. Vor allem ausländische Jugendliche erklärten, in Zukunft solche Provokationen nicht mehr hinnehmen zu wollen. Unter dem Motto „Keine Freundschaft für Nazis – Nazis raus aus Obergiesing“ soll auf die nächste Naziveranstaltung rechtzeitig und angemessen reagiert werden. Die Bewohner und der Vorstand der Baugenossenschaft, zu der die Gaststätte „Zur Freundschaft“ gehört, sollten zudem dem Wirt deutlich machen, dass sie in der Kneipe, in der sich auch Sozialdemokraten treffen, keinen Nazistützpunkt dulden.

„Linker Gesinnungsterror kann durch vielfältige Aktionsformen unterlaufen werden. Phantasie ist gefordert“, hatte Wuttke geschrieben. Mit der Rubrik „Links enttarnt“ im zweimonatlich erscheinenden Blatt „München direkt“ erstellt „Demokratie direkt“ mittels Foto und Kurzbiographie offensichtlich schwarze Listen von Antifaschisten. Erstes Opfer ist der Münchner Fraktionschef der Grünen Siegfried Benker, dem Engagement „für Asylmissbrauch, Einschränkung der Meinungsfreiheit („Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda!“ usw.) und für die Verfolgung politisch Andersdenkender“ angelastet wird. Benker hat angekündigt, die Angelegenheit im Stadtrat zu thematisieren. Für die nächste Nummer der an Infoständen und per Postversand verbreiteten Flugschrift wird die „Enttarnung“ des linken Journalisten und junge-Welt-Autors Nick Brauns angekündigt.

Die antifaschistische Bewegung sollte diese Entwicklungen aufmerksam beobachten. Tatsächlich scheint erstmals seit langem zumindest auf regionaler Ebene die Zersplitterung der rechten und rechtsextremen Kräfte durch einen gemeinsamen Dachverband unter einem auch für die Öffentlichkeit auf den ersten Blick unverfänglichem Namen aufgehoben zu sein? – Wehret den Anfängen!

Ludwig König

geblich linksextreme Personen „enttarnt“. Dies kann keinem anderen Zweck dienen, als Rechtsextremisten deutlich zu machen, wer als besonderes Hassobjekt anzusehen ist. Dies ist eine Praxis, die beendet werden sollte, wenn hierfür rechtliche Möglichkeiten gesehen werden. Nachdem Stadtrat Weinfurter von den Republikanern Teil dieses rechtsextremen Netzwerkes ist, sollte deutlich gemacht werden, dass das Verhalten eines Stadtrates, der Zeitschriften unterstützt, in der Personen als Hassobjekte für die rechtsextreme Szene dargestellt werden, nicht toleriert wird.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste, Initiative: Siegfried Benker, Antrag vom 22. Mai 2003

Kommunalwahlen in Sachsen.

CHEMNITZ. Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2004 hat die PDS Chemnitz Thesen erstellt: „Thesen, die prinzipieller Natur sind und unser Grundverständnis sozialer Politik bestimmen: 1. Stadtentwicklung ist ein ganzheitlicher Prozess, der durch viel Faktoren geprägt wird. Haupteinfluss auf die weitere Entwicklung unserer Stadt wird zweifelsohne die zukünftige wirtschaftliche Situation haben. Aus derzeitigen Prognosen ergibt sich für Chemnitz ein weiterer Trend zum Bevölkerungsrückgang und damit verbunden eine Zunahme des Altersdurchschnitts in der Stadt. Ziel muss sein, diesem Trend entgegenzuwirken, wodurch ein gesundes Stadtumfeld mit verbesserter Wohnqualität seinen Einfluss hat. 2. Wir sprechen uns eindeutig gegen eine Absenkung sozialer Standards der Stadt aus. 3. Nur eine Stadt mit Lebensqualität und der Möglichkeit gesellschaftlicher Mitsprache kann langfristig eine lebenswerte Stadt sein. 4. Die PDS tritt dafür ein, dass die Stadt über mehr Recht und reale Möglichkeiten verfügt, ihre öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln“. Es folgen detaillierte Thesen.

www.pds-chemnitz.de

Kommunale Wirtschaftspolitik.

DRESDEN. Die PDS-Fraktion hat sich auf ihrer Frühjahrsklausur Ende April neben der Kultur auch mit Fragen der Wirtschaftspolitik beschäftigt. Völlige Übereinstimmung herrschte dabei in der Auffassung, dass Ausgangspunkt aller Überlegungen die Interessen der Einwohner der Stadt sind. Der Wirtschaft kommt dabei kein eigener Wert zu, sondern sie hat neben anderen eine wichtige dienende Funktion. Linke Wirtschaftspolitik kann deshalb auch keine Lobby-Politik für die Wirtschaft im allgemeinen oder einzelne Branchen sein. Dieser Ausgangspunkt ermöglicht die Verknüpfung einer aktiven Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik mit Planungen zur sozialen und städtebaulichen Entwicklung, langfristigen Konzeptionen zur Infrastruktur und anderen strategischen Überlegungen. Dabei dürfen Ansiedlungspolitik nicht auf Großinvestoren und Infrastruktur nicht auf den Bau von Straßen und Brücken reduziert werden. Es ist bei einem weiten Verständnis vom sozialen Funktionieren einer Stadt notwendig, Arbeit, prosperierende Wirtschaft, attraktives Wohnumfeld, leistungsfähige Kultur- und Sozialeinrichtungen mit einander in Einklang zu bringen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Fraktion dem Mittelstand, der einerseits die überwiegende Anzahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze in Dresden stellt und andererseits besonders eng mit den Bedingungen der

kommunalen Strukturen verflochten ist, von ihnen abhängt und sie zugleich prägt. Eine erste Aufgabe ist daher, Gremien und Veranstaltungen zu organisieren, bei denen die Interessen dieses Teils der Wirtschaft artikuliert werden können. Die PDS-Fraktion hat deshalb erneut die Idee aufgegriffen, einen Mittelstandsbeirat zu gründen, in dem Stadträte mit gewählten Vertretern des Mittelstandes deren Probleme und Fragen gemeinsam beraten.

www.dresdnerblaettl.de

Cross-Border-Leasing und Bürgerbegehren.

FRANKFURT A.M. Nachdem die SPD mit „entschiedener Halbherzigkeit“ deutlich gemacht hat, dass sie nicht gewillt ist, das Cross-Border-Leasing des U-Bahn-Netzes zu verhindern, hofft die PDS, dass dieses windige, hochspekulative „Geschäft“ auf dem Wege eines Bürgerbegehrens doch noch gestoppt werden kann. Dabei sei Eile geboten, meint Heiner Halberstadt, Vorsitzender der PDS-Fraktion im Römer: „Die für ein Bürgerbegehren vorgesehene Hürde von mindestens 40.000 Unterschriften innerhalb von sechs Wochen nach Einbringung der Vorlage ins Parlament ist hoch“. Halberstadt regt an, diese Hürde künftig zu senken und die Frist zu verlängern, um den Bürgerinnen und Bürgern mehr Einflussmöglichkeiten auf die Kommunalpolitik zu geben.

www.pds-im-roemer.de

Flüchtlingsschiff. KÖLN. Seit Mitte Dezember 2002 befinden sich 195 Menschen an Bord des Flüchtlingsschiffes im Deutzer Hafen, darunter sind über 80 Kinder. Von diesen Kindern sind 47 Kinder schulpflichtig. Die PDS-Gruppe im Rat der Stadt Köln stellt dazu folgende Anfrage an den Oberbürgermeister: „1. In welcher Weise erfüllt die Stadtverwaltung ihre Verpflichtung zur Bereitstellung geeigneter Schulangebote und sicherer Schulwege? 2. In welcher Weise sichert die Stadtverwaltung den nicht schulpflichtigen Kindern pädagogische Begleitung und Spielangebote sowie kindgerechte Freiräume? 3. Wann wird die Zusage des OB Schramma umgesetzt, Kinder nicht über einen längeren Zeitraum auf dem Schiff zu belassen und mit ihren Eltern dezentral unterzubringen? 4. Gedenkt die Verwaltung ein den Bedürfnissen der Bewohner angemessenes Personal – SozialpädagogInnen, ErzieherInnen – einzusetzen und wie viel? 5. Hat die Verwaltung sichergestellt, dass die Kosten der Gemeinschaftsverpflegung niedriger sind als die Kosten, die bei einer Auszahlung der Sozialhilfe nach dem AsylbLG als Geldleistung zur Deckung des notwendigen Bedarfs an Ernährung entstehen würden?“

www.pds-koeln.de

Zusammenstellung: baf

Es hat schon größere Beteiligung an Aktionen gegeben als jetzt bei den Protesten gegen die Agenda 2010. Ein Erfolg lässt sich aber auf jeden Fall in der argumentativen Breite sehen, die von der Bewegung ausgeht. Die Aktiven der Gewerkschaften sehen sich als tragende Kraft im Kampf um ein menschenwürdiges Leben. Dabei begreifen sie sich für eine Vielzahl von Lebenslagen zuständig, die im engen verbandlichen Denken weniger dazugehören. Das ist eine Entwicklung, die Hoffnung macht. Im praktischen Gang der Geschäfte ist es aber immer noch selten, dass die Gewerkschaften als Sprecher der Interessen z.B. von Sozialhilfeempfängern in Erscheinung treten.



Mehr als 15.000 Menschen haben am Samstag, 24. Mai 2003, auf dem Nürnberger Kornmarkt gegen den geplanten Sozialabbau demonstriert. Mit Slogans wie „wir lassen uns nicht verschrödern“ machten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihrem Unmut über die Agenda 2010 Luft. Der DGB hatte bundesweit zu Protestkundgebungen aufgerufen. *dil*

Knapp 4.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Norddeutschland demonstrierten im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages am 24. Mai in Hamburg gegen Schröders Streichprogramm. Die eher enttäuschende Teilnehmerzahl lässt darauf schließen, dass die Konstellation – Gewerkschaften gegen eine faktische SPD/CDU/ FDP/Grünen-Koalition – die Mobilisierung gegen die Agenda 2010 erschwert. Darüber konnten auch zahlreiche kämpferische Transparente nicht hinwegtäuschen. *res*



10.000 Gewerkschafter demonstrierten in Bochum gegen die „Agenda 2010“. Klaus Zwickel an der Spitze eines Demonstrationzugs. Mit 130 Bussen sind am Morgen aus den Städten der Region die Kolleginnen und Kollegen nach Bochum gekommen, um zu zeigen, dass sie entschlossen sind, dieser Politik die Stirn zu bieten. Drei eindrucksvolle Demonstrationzüge vereinten sich zu einer großen Kundgebung. *www.verdi.de*



Baden-Württemberg

Gewerkschaften der Region gegen Schröders Streichprogramm

Mit dem Cannstatter Marktplatz hatten der DGB und die IG Metall bei der Organisation der Protestkundgebung am 21. Mai eine eher vorsichtige Variante gewählt. Und tatsächlich waren es dann etwa 3.000 Teilnehmer, vor allem von der IG Metall Stuttgart, Ludwigsburg, Waiblingen, Esslingen und Göppingen. Aber auch von Verdi und anderen Gewerkschaften. In der großen Mehrzahl dürften es Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute gewesen sein, wobei die Gremien keineswegs alle oder geschlossen vertreten waren. Die schwierige Konstellation – Gewerkschaften gegen eine faktische SPD/CDU/FDP/Grünen-Koalition – hinterließ ihre Spuren.

Der erste Hauptredner, der katholische Betriebsseelsorger Paul Schobel, machte deutlich, dass die Kirchen nicht geschlossen hinter Schröders Streichprogramm stehen. Er wandte sich gegen den „Wahn vom unbegrenzten Markt“, gegen die Unterwerfung des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme unter Marktgesetze. Die Arbeit sei der Dreh- und Angelpunkt der sozialen Frage, und Schröders Reform schaffe nicht, sondern koste zusätzliche Arbeitsplätze. Die Arbeit der Zukunft sah Schobel in „Heilen, Pflegen, Begleiten und Bilden“. Der Sozialstaat sei das Stärkste, was die Schwachen hätten. Er sei finanzierbar, wenn die ungerechte Verteilungspolitik geändert werde. Schobel kritisierte die Situation der Gemeindefinanzen, wo viele Gemeinden mehr Geld aus der Hundesteuer als aus Unternehmenssteuern einnähmen. Es dürfe nicht so weitergehen, dass Konzerne beim Finanzamt Geld abholen statt welches abzuliefern. Außerdem müssten alle Einkünfte besteuert werden.

Einigermaßen gespannt durfte man auf die Positionen Berthold Hubers, IGM-Bezirksleiter und designierter zweiter Vorsitzender der IG Metall, sein. Huber hat sich in den letzten Wochen mit öffentlichen Äußerungen zu Schröders Programm eher zurückgehalten und hat sich auf dem Marktplatz gegen einige Pfiffe zu seiner SPD-Mitgliedschaft bekannt. An seiner Kritik und Ablehnung des Schröder-Programms hat er aber keinen Zweifel gelassen. Seine Position war: Die Sozialsysteme stecken in großen Problemen, aber Schröders Vorhaben lösen die Probleme nicht, sondern gehen in eine völlig falsche Richtung. Sein „basta“ sei falsch und unerträglich, im Gegenteil sei eine große Diskussion über Ziele und Weg nötig. Deutschland habe heute mit die niedrigsten Steuern in Europa, bei der



Anlässlich des Landes-Parteitages der CDU demonstrierten am 24. Mai 16.000 Beamtinnen und Beamte gegen die geplanten Sparmaßnahmen der christdemokratischen Landesregierung. Es war die größte Demonstration, die je im badischen Pforzheim stattgefunden hat und: zum erstenmal demonstrierten DGB und der Beamtenbund Baden-Württemberg gemeinsam.

www.verdi.de



Körperschaftssteuer der Unternehmen würden heute 24 Mrd. Euro weniger eingenommen als 2001. Aber die demographische Entwicklung führe auch dahin, dass im Jahr 2030 auf einen Rentner nur noch zwei Arbeitende kämen, im Jahr 2050 sogar auf einen Rentner nur noch ein Arbeitender. Aber in Schröders Agenda würden die Sozialsysteme nur als Verschiebepipeline zur Sanierung behandelt. Die Älteren würden entrechtet, wenn gerade diejenigen, die am längsten in die Sozialsysteme eingezahlt haben, am stärksten in den Leistungen beschnitten würden. Wo bleibe das Sozialstaatsprinzip?

Huber wandte sich gegen die Ideologie hinter Schröders Arbeitsmarktpolitik, dass „Not zur Arbeit treibt“. Bei 345.334 Arbeitslosen angesichts von 50.802 offenen Stellen in Baden-Württemberg sei das ein Zynismus. Die Aufgaben der Gewerkschaften gegenüber den Vorhaben sah Huber in Kritik und Widerstand, aber die Gewerkschaften müssten auch selbst Reformlinien zeichnen. Schröders Pläne seien aber keine Reform, sondern fielen hinter Bismarck zurück. Die Privatisierung des Krankengelds sei nicht mal von den Wirtschaftsforschungsinstituten gefordert worden. Rüups Forderung nach der Rente ab 67 grenze angesichts des heutigen faktischen Renteneintrittsalters von durchschnittlich 61 Jahren und einigen Monaten an Volksverdummung. Der einzige Zweck dieses Vorstoßes sei, noch höhere Abschläge bei früherem Renteneintritt durchzusetzen. Die Gewerkschaften hätten aber auch die Aufgabe, Arbeitsbedingungen und Qualifizierungsmaßnahmen durchzusetzen, die Älteren ein Arbeiten bis 65 erlaubten. Auch in Zukunft müsse es aber für Beschäftigte, die schwer arbeiten, frühere Ausstiegsmöglichkeiten geben. Nach 40 Jahren Arbeit dürfe es nicht sein, dass man zum Sozialamt gehen müsse.

Schröders Vorhaben seien „Stückwerk in die falsche Richtung“. Aber die Opposition sei keine Alternative. Und dem FDP-Westerwelle, der in den Gewerkschaften eine Plage sieht, wollten die Gewerkschaften wirklich eine Plage sein.

Bernd Rixinger, Stuttgarter Verdi-Geschäftsführer, kritisierte, dass Schröders Vorhaben ausschließlich Arbeitende, Kranke und Arme treffen. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt würden dadurch eher verschärft, beispielsweise durch die Gefährdung der Arbeitsplätze im Weiterbildungsbereich. Besonders Beschäftigte in Kleinbetrieben wie Druckereien würden durch die Vorhaben beim Kündigungsschutz getroffen. Auch Arbeitslose hätten ein Recht, anständig zu leben. Es sei nicht wahr, dass die Sozialsysteme unbezahlbar geworden seien, Ursache der Probleme sei die Arbeitslosigkeit. Jahrelang sei von unten nach oben umverteilt worden, jetzt müsse von oben nach unten umverteilt werden.

Die Deregulierung sei die falsche Antwort auf die Probleme des Arbeitsmarktes, sie habe schon in der Vergangenheit die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft, sondern vergrößert. Die neoliberale Politik sei ja gerade gescheitert, ihre Fortsetzung müsse durch entschlossenen Widerstand verhindert werden. Nötig sei ein Investitionsprogramm für die Kommunen. In Italien und Frankreich seien die Beschäftigten schon wegen geringerer Anlässe in den Generalstreik getreten.

Zwei Vertreter der Gewerkschaftsjugend forderten eine Umlagefinanzierung für Unternehmen, die nicht ausbilden, und mehr Lehrer für die Berufsschulen. Sie kritisierten die Forderung nach einer Kürzung der Ausbildungsvergütungen und nach mehr 2-jährigen Schmalspurausbildungen, die der tatsächlichen Entwicklung hin zu anspruchsvolleren Arbeiten nicht entsprächen.

(rok, Bilder: mok)

Wirtschaft und Rektoren präsentieren Forderungskatalog zu Weiterbildung. – *HB, Fr/Sag, 23./24.5.2003.* BDA, DIHK und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) stellen fest, der Bedarf der Wirtschaft an wissenschaftlicher Weiterbildung nehme ständig zu und werde durch die Alterung der Gesellschaft verstärkt. Sie legten einen 10-Punkte-Forderungskatalog vor. Der Bedarf an wissenschaftlicher Fortbildung auf hohem und höchsten Niveau sei vorhanden, für Masterstudiengänge würden bereits heute jährliche Gebühren von bis zu 10 000 Euro bezahlt. Ein breiteres Engagement scheitere am Besoldungsrecht, da Professoren nicht an der eigenen Hochschule Weiterbildung anbieten dürfen. Aus diesem Grund seien bereits einige private Tochtergesellschaften von Unis entstanden. Um Weiterbildung für Unis und Hochschulen attraktiv zu machen, sollten Hochschulen Einnahmen aus Weiterbildung komplett behalten und damit auch neue Stellen schaffen dürfen.

Produktionsverlagerung ins Ausland nimmt zu. – *FAZ, Dienstag, 27.5.2003.* Fast jedes vierte deutsche Industrieunternehmen erwägt in den nächsten drei Jahren die Verlagerung von Betriebsteilen ins Ausland. Anders als bisher bezögen sich die Pläne nicht nur auf lohnintensive Fertigung, sondern auch auf Sparten wie Verwaltung, Forschung und Entwicklung, so M. Wansleben, Hauptgeschäftsführer des DIHT. Er räumte ein, dass neben den klassischen Motiven wie zu hohe Arbeitskosten, zu hoch empfundene Steuern auch Markterschließung zu Verlagerungen oder dem Aufbau neuer Produktionsstandorte führen könnten. Bei Großaufträgen gehören Forderungen nach einer Fertigung im Bestellerland inzwischen zur Selbstverständlichkeit.

BDA und DIHK machen eigenes „Reformprogramm“ – *HB, Mi, 28.5.2003.* D. Hundt, BDA-Präsident, geht die Agenda 2010 nicht weit genug. Aufweichung der Tarifautonomie und Senkung der Lohnnebenkosten sieht er als unabdingbar an, um der „dramatischen wirtschaftlichen Verfassung“ Deutschlands entgegenzuwirken. Der Therapieplan der Wirtschaft sieht u.a. vor, die nächsten Rentenerhöhungen auszusetzen und die Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn von 0,3 Prozent auf 0,5 Prozent pro Monat zu erhöhen. Zahnbehandlung, Zahnersatz, und Privatunfälle müssten in die Eigenverantwortlichkeit der Versicherten übertragen, langfristig die Krankheitskosten von den Arbeitskosten abgekoppelt werden, das Arbeitslosengeld auf 12 Monate befristet werden.

Presseauswertung: rst

Erklärung des Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten zu den Bürgerschaftswahlen Klaus-Rainer Rupp:

Die PDS hat ihre Wahlziele zu den Bürgerschaftswahlen klar verpasst. Wir haben es nicht einmal geschafft, dass Ergebnis der Wahlen 1999 zu halten. Auch der Gewinn zweier neuer Beiratsmandate ist nur ein schwacher Trost, wenn wir auf der anderen Seite vier Mandate verloren haben und nur noch in sechs Beiräten vertreten sind.

Dennoch danken wir allen Genossinnen und Genossen, die uns im Wahlkampf unterstützt haben, insbesondere denjenigen, die weite Wege unternommen haben, uns zu helfen. Wir danken dem Parteivorstand, den Landesvorständen, den Fraktionen, kurz, der ganzen Partei für die großartige Hilfe. Ich begreife dieses Ergebnis auch als persönliche Niederlage. Wir sind angetreten, unser Ergebnis zu verbessern. Wir haben einen Wahlkampf bestritten, der ein gutes Ergebnis möglich gemacht hätte.

Es geht um mehr als die Agenda 2010 – es geht um die Zukunft unseres Landes Statement von Gabi Zimmer und Lothar Bisky vom 02. Juni 2003:

„Wir haben uns nach zahlreichen intensiven Gesprächen entschlossen, für den PDS-Parteitag einen gemeinsamen Antrag einzubringen, der eine Auseinandersetzung mit der Agenda 2010 und ihren Folgen und Vorschläge für die künftige Arbeit der Partei enthalten wird. Da wir daran interessiert sind, eine breite Mehrheit für unser Anliegen zu gewinnen, wird der Entwurf des Antrags noch in dieser Woche allen Delegierten zur Verfügung gestellt mit der Bitte, sich mit ihren Hinweisen einzubringen, damit zum Antragsschluss der überarbeitete Antragstext veröffentlicht werden kann. Bis dahin finden noch weitere Beratungen, beispielsweise mit den Landesvorsitzenden, zur Qualifizierung des bislang vorliegenden Textes statt. Voraussichtlich zum 11. Juni werden wir zu einer Pressekonferenz einladen und auch Sie über den Antrag informieren.“

PDS Vorstandsmitglieder und Mandatsträger sprechen sich in einer öffentlichen Erklärung für einen Sozial-Konvent aus. Vor dem Parteitag wird hier dokumentiert, wer ein wichtiger PDS-Politiker ist und wer weniger wichtig ist. Ob man mit solchen Kinderspielen die Partei entwickelt, bleibt dann doch abzuwarten. Die Namen schenken wir uns und zitieren aus dem Aufruf:

Wir, Politikerinnen und Politiker der PDS, sind uns bewusst, dass die Sozialsysteme und der Sozialstaat reformiert werden müssen und können.

Wo aber bleibt der Beitrag der großen Unternehmen und der größten Vermögen zum wirtschaftlichen Aufschwung und

zur öffentlichen Wohlfahrt aller Bürger? Wo bleiben die Arbeits- und Ausbildungsplätze? Wo die durchgreifende Reform des Staates, wo der Bürokratieabbau, die Gemeindefinanzreform, die Steuergerechtigkeit? ... Was unsere Gesellschaft braucht, sind wirkliche, solidarische und weit in die Zukunft reichende Reformen. Wir wollen die Lösung dieser tief in die Gesellschaft und in unser Leben eingreifenden Aufgaben nicht einer Mitgliederbefragung der SPD, ihrem Parteitag, den Lobbyisten des großen Geldes oder diversen Kommissionen überlassen. Als Partei des Demokratischen Sozialismus wollen wir alles tun, Widerspruch einzulegen und zu Alternativen beizutragen ... Wir schlagen darum vor, zur Debatte über die soziale und wirtschaftliche Reform der Gesellschaft einen bundesweiten SozialKonvent zu initiieren.

Innerhalb der Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt es eine Strategiediskussion über die PDS. Florian Weis stellt in seinem Papier „PDS, Bewegungen und Reformbegriff“ Überlegungen an vor dem Hintergrund des PDS-Sonderparteitages und des RLS-Standpunkte-Papiers von Michael Brie („Ist die PDS noch zu retten?“)

„Die Situation der PDS ist so verfahren, dass die Rückkehr Lothar Biskys an die Parteispitze, so sehr sie auch auf die personelle Schwäche und Selbstblockade der PDS verweist, positiv zu werten ist. Gabi Zimmer hat, mangels ausreichender Unterstützung in der Partei, unter ihrer geringen Medienorientierung leidend und angesichts der für jede und jeden Vorsitzende/n ungeheuer schwierigen Situation nach dem 22. September 2002, keine Chance mehr gehabt, was aber nur zum Teil dem jetzigen Parteivorstand anzulasten ist. Mit einem schwer nachzuvollziehenden Zick-Zack-Kurs, erinnert sei an ihren links-populistischen „Opportunismus“-Vorwurf in Gera, hat sie auch selbst zur gegenwärtigen Krise beigetragen. So gesehen wäre eine stärkere Einbindung von Politikern wie Lothar Bisky, André Brie und Gregor Gysi als Chance für die PDS zu begrüßen. Dies freilich nur, wenn auch sie und andere PolitikerInnen, die sich vor längerem oder im Umfeld von „Gera“ teilweise beleidigt und wenig selbstkritisch zurückzogen, ihren Teil der Mitverantwortung an der Krise der PDS akzeptieren könnten. Die Rückkehr einiger prominenter „Reformer“ aus den neunziger Jahren und auch die Einbindung mancher tagespragmatischen LandespolitikerInnen aus dem Osten in eine erweiterte Parteiführung wäre angesichts der dramatischen Situation der PDS dann hilfreich, wenn sie nicht der Illusion erliegen, die Erfolge der neunziger Jahre mit einer Fortsetzung der politischen Ausrichtung vor dem Geraer Parteitag einfach wiederholen zu können.

Vor allem aber macht diese Rückkehr nur Sinn, wenn sie mit einer Akzeptanz einer größeren linken Pluralität in der PDS und der Notwendigkeit einer Öffnung der Partei gegenüber neuen sozialen und politischen Impulsen, allen demokratischen linken Strömungen und dem Westen der Bundesrepublik einhergeht ...

Der Parteitag in Gera hat manche Menschen von der PDS entfremdet, auf die die PDS nicht verzichten kann, keineswegs nur Anhänger einer vorrangigen Parlaments- und Regierungsorientierung. Umgekehrt haben manche der Strömungen, die in Gera für eine Hinwendung zu sozialen Bewegungen stimmten, in diesen kaum eine Verankerung. Die Konfliktlinien waren komplizierter, als es dargestellt wurde. Die jetzige Entwicklung wird längst nicht alle der im Gefolge von Gera resigniert habenden Menschen zurückbringen, umgekehrt aber wohl neue Abgänge produzieren, darunter wiederum solche, die nicht als linkssektiererisch abgetan werden können. Neben dem fragwürdigen Verfahren – womit nicht die Forderungen vieler Delegierter nach einem Sonderparteitag gemeint ist, wohl aber das Vorgehen von Gabi Zimmer und den ostdeutschen Landesvorsitzenden und der konstruiert wirkende Anlass – werden auch Äußerungen wie diejenigen Gysis („Zu viele Westdeutsche im Vorstand“, „Scharlatanerie“ in Bezug u.a. auf Uwe Hiks) nicht eben dazu beitragen, die PDS wieder für unabhängige Linke im Westen attraktiv zu machen. Insbesondere die Stigmatisierung des Bundesgeschäftsführers Uwe Hiks und die weit überzogene Verantwortungszuschreibung der Krise an ihn und einige weitere Vorstandsmitglieder kann auch auf Personen und Strömungen etwa im linken Gewerkschaftsbereich abschreckend wirken ...

Was die Regierungsbeteiligungen anbelangt, befindet sich die PDS gegenwärtig in einer „No-Win-Situation“ – ein Ausscheiden würde die Reste der Medienaufmerksamkeit und das Interesse etablierter Verbände weiter senken, ohne eine Rückkehr enttäuschter WählerInnen zu garantieren, ein Verbleib würde es der PDS erschweren, berechtigten sozialen Protest aufzunehmen und sich als Alternative zum Sozialabbau-Kartell der anderen Parteien zu profilieren. Angesichts der Profilschwäche der PDS scheint ein Ausstieg aus den Koalitionen gegenwärtig nicht ratsam. Notwendig ist jedoch eine eigenständigere Profilierung der Berliner PDS über ihren Status als Regierungsmitträger hinaus und eine Öffnung von Fraktion und PDS-RegierungsvertreterInnen gegenüber Kritik und Änderungsforderungen aus der Gesellschaft gegen den Wowereit-Sarrazin-Kurs.“

Zusammenstellung: jöd

„Nichts anderes als große Räuberbanden ...“

Im Getöse des anhaltenden Großkonflikts um Schröders sogenannte „Agenda 2010“ gehen in der öffentlichen Wahrnehmung leise Töne und Nuancen oft unter. Zu diesen eher leisen Tönen und Nuancen gehören interessanterweise auch Stellungnahmen der Gewerkschaften selbst, denen „Reformunfähigkeit“ vorzuwerfen derzeit schon beinahe zum Volkssport geworden ist.

Insbesondere im Streit um die Reform der sozialen Sicherungssysteme bahnt sich dabei in Wirklichkeit eine wichtige Änderung gewerkschaftlicher Positionen an, weg von Parolen wie „Mehr Staat!“, „Mehr Steuern!“ und der damit verknüpften falschen Hoffnung, solche Forderungen nach mehr Staat seien zugleich ein Eintreten für mehr Gerechtigkeit.

Warum solche neuen Vorstellungen auch in gewerkschaftlichen Kreisen nur leise artikuliert werden, kann nur gemutmaßt werden. Die naheliegendste Erklärung: Die folgenden Reformvorstellungen würden besser verdienende Facharbeiter und qualifizierte Angestellten vergleichsweise weniger, gering verdienende Arbeiter und Angestellte dagegen deutlich stärker entlasten. Ihre Umsetzung wäre also auch eine Art „Lastenumverteilung“ innerhalb der Gewerkschaftsmitglieder. Besser verdienende Facharbeiter und Angestellte aber zahlen höhere Gewerkschaftsbeiträge. Kein Wunder, dass die Gewerkschaften solche Zahler nicht gerne und laut vor den Kopf stoßen.

„Mut zum Umsteuern“

In der unter diesem Titel vom geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB am 8. Mai 2003 herausgegebenen Stellungnahme – quasi ein „Gegenpapier“ zu Schröders „Agenda 2010“ – finden sich gleich mehrere relativ neue Positionen. Da der Krach auch in und zwischen den Gewerkschaften groß ist und Stellungnahmen des DGB normalerweise mit der Maßgabe abgefasst werden, diesen Krach nicht noch weiter anzuhetzen, kann man wohl

vermuten, dass die hier formulierten Positionen in breiten Teilen der Gewerkschaften geteilt werden. Umso wichtiger sind die neuen Töne.

Weniger Abgaben

So tritt der DGB in diesem Papier ausdrücklich für eine Senkung der Steuern- und Abgabenbelastung ein. „Eine neue soziale Balance in der Steuerpolitik eröffnet Spielräume zur Senkung der Sozialabgaben“, heißt es beispielsweise auf Seite 9 des Papiers. Deshalb fordert der DGB weiter eine drastische Korrektur der Steuerlast – weg von der extremen Belastung der Lohneinkommen, dafür mehr Belastung von Kapitaleinkommen, Vermögen und Erbschaften –, aber er verfehlt damit keine Anhebung der allgemeinen Steuerlast. Im Gegenteil heißt es auf der gleichen Seite ausdrücklich: „In der aktuellen Situation sind allgemeine

Steuererhöhungen nicht angebracht. Vielmehr sollten die bereits beschlossenen Stufen zur Senkung von Eingangssteuersatz und Grundfreibetrag zur Förderung der Binnenkonjunktur vorgezogen werden.“ Mit anderen Worten: Die Steuerbelastung niedriger Einkommen soll verringert werden.

Diese vernünftige Forderung verbindet der DGB mit Reformvorstellungen für die Sozialabgaben, über die man im Einzelnen sicher streiten kann, die aber alle in eine Richtung gehen: Senkung der Abgabenlast, auch bei Sozialversicherungen, für Bezieher/innen niedriger Einkommen. Damit verbunden ist eine stärkere Finanzierung von Teilen der Sozialversicherung über Steuern, die sicher auch Bezieher von niedrigen Einkommen trifft, im Ergebnis aber sozial sehr viel ausgewogener wäre als z.B. die von der Regierung geplante komplette Streichung des Arbeitgeberbeitrags für das Krankengeld.

Steuern für die Sozialversicherung ...

Steuern für die Sozialversicherung ...

„Im Gegensatz zu den Arbeitgebern, der Bundesregierung und Teilen der Oppositionsparteien sieht der DGB in einer Verschiebung der heute solidarisch und paritätisch finanzierten Vorsorge gegen die großen Lebensrisiken in die private Haushaltsbücher keine Lösung. Ein höherer Eigenvorsorgebeitrag wäre ökonomisch falsch, weil damit die verfügbaren Einkommen der Masse der Privathaushalte geschmälert und damit Nachfrage nach anderen Gütern und Dienstleistungen – ausgenommen Versicherungen – insgesamt sinken würde. Um keine weiteren Finanzlücken in den sozialen Sicherungssystemen entstehen zu lassen und auch Arbeitnehmer wie Arbeitgeber an einer stärkeren Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu beteiligen, schlägt der DGB als zusätzliche Gegenfinanzierung



die Einführung einer Steuer von einem Prozent auf entnommene Gewinne und die gezahlte Bruttolohnsumme eines Betriebes (Einnahmeplus: rund 14 Milliarden Euro) vor. Auch eine leichte, der Situation angemessene Erhöhung der Mehrwertsteuer kann keine Alternative sein ...“

... um Sozialabgaben zu senken

„Eine gerechte Steuerverteilung eröffnet vor allem Spielräume, um die Sozialversicherungen von der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu entlasten. Damit können die Sozialabgaben sofort in einem ersten Schritt entlastet werden, und über ein Freibetragsmodell kann mittelfristig der Einstieg in eine nachhaltige Neufinanzierung der sozialen Sicherung erreicht werden, mit der die Abgaben vor allem für lohnintensive Betriebe wie für gering und durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer deutlich ... gesenkt werden können.“

Bis hierhin ist die Idee des DGB nicht weit weg von der Ökosteuer zur Finanzierung der Rente. Mit einem wichtigen Unterschied: Das DGB-Modell sieht eine allgemeine Steuer vor, die von allen Steuerpflichtigen – abhängig Beschäftigte, Beamte, Rentner, Selbständige und juristische Personen, also Firmen – gleichermaßen gezahlt werden soll und nicht, wie bei der Ökosteuer, mit xerlei Sonderregelungen für diese und jene Branche oder Personengruppe verbunden ist. Auch ist die Gefahr, das gesamte System der Sozialversicherungen auf diese Weise immer mehr auf Steuerfinanzierung umzustellen und so am Ende vor allem die Arbeitgeber zu entlasten, nicht von der Hand zu weisen. Aber gerechter als die derzeitige, selektiv und boshaft nur gegen sozial schwache Gruppen wie Alte, Kranke und Arbeitslose gerichtete Politik von Regierung und Arbeitgebern ist dieses DGB-Konzept sicher.

Das Freibetragsmodell des DGB

Als „Einstieg in eine neue Finanzarchitektur der Sozialversicherungen“ schlägt der DGB dann ein sogenanntes „Freibetragsmodell“ vor, das ebenfalls darauf abzielt, vor allem für Bezieher niedriger Einkommen den Versicherungsschutz in vollem Umfang zu erhalten, zugleich aber die Abgabenbelastung dieser Einkommen zu verringern.

„Im Sinne einer beschäftigungsfördernden Reform der Einnahmeseite der Sozialversicherung schlägt der DGB vor, die Abgaben für die Sozialversicherung weiter zu senken und die entstandene Lücke durch von der Allgemeinheit zu zahlende Steuern zu finanzieren. Per saldo erscheint diese Finanzierung zunächst wie ein Nullsummenspiel. Tatsächlich aber werden durch die Steuerfinanzierung weitaus mehr Bürger an der Finanzierung der sozialen Sicherung beteiligt, so dass die Entlastung des aktiven Teils der Bevölkerung die Belastung durch neue Steuern übertrifft ... Durch die Re-



form würden nicht nur der überwiegende Teil der abhängig Beschäftigten, sondern auch die personalintensiven Betriebe weiter entlastet, die – in der Regel im Absatz auf das Inland fixiert – unter dem anhaltenden Rückgang der Inlandsnachfrage leiden.“

Hinzu kommen soll zudem, dass die Entlastung von Sozialabgaben nicht allgemein für alle Einkommenszonen gelten soll, sondern vor allem im Niedrigeinkommensbereich geschehen soll: „Die Entlastung der Beschäftigten wird aber nicht in Form einer Beitragssenkung an die Beschäftigten und Arbeitgeber weitergegeben, sondern in Form eines Sockelfreibetrags je Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin. Dies bedeutet, die Beiträge auf die ersten 250 Euro Einkommen jeder Arbeitnehmerin und jedes Arbeitnehmers werden aus Steuern finanziert und individuell in der Sozialversicherung des Arbeitnehmers gutgeschrieben. Erst vom 251. Euro an zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Beiträge. Für die Krankenversicherungsbeiträge der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind vergleichbare Regelungen vorzusehen.“

„Die Einführung eines Freibetrags entlastet vor allem untere und mittlere Einkommen sowie lohnintensive Betriebe“, heißt es richtig in dem Papier, „und

zwar um:

- 5,1 Prozentpunkte bei einem Brutto-Monatseinkommen von 1.000 Euro
- 3,4 Prozentpunkte bei einem Brutto-Monatseinkommen von 1.500 Euro
- 2,5 Prozentpunkte bei einem Brutto-Monatseinkommen von 2.500 Euro.“

Da die Reform bis zu einem Monatseinkommen von 2.500 Euro brutto entlastet, würden nach Berechnungen des DGB insgesamt 25 Millionen Beschäftigte im Effekt entlastet, ihr verfügbares Einkommen würde steigen. Insgesamt entstünde ein Umfinanzierungsbedarf bei den Sozialversicherungen durch die Einführung solcher Sockel-Freibeträge in Höhe von ca. 25 bis 30 Milliarden Euro, die durch Änderungen im Steuerrecht aufgefangen werden müssten. Wenn von Unternehmensseite nur die Körperschaftsteuer wieder in gleicher Höhe wie im Jahr 2000 gezahlt würde, wäre dieser Betrag schon finanziert. Gleichzeitig, so der DGB, könnten so die Sozialversicherungsbeiträge um etwa 4 Prozentpunkte sinken, von jetzt zusammen ca. 42 Prozent auf etwa 38 Prozent.

Einstieg in eine Rente für alle

Sehr viel zurückhaltender ist das DGB-Papier vergleichsweise auf einem anderen Gebiet, dem der Reform der Rentenversicherung. Richtig ist hier die Kritik des DGB, dass die derzeit unter dem Ti-

tel „Agenda 2010“ gehandelten Maßnahmen wie Abschaffung des Krankengelds, Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zu einem „massiven Armutsproblem“, also dem Wiederentstehen einer breiten Zone von Armut in der Gesellschaft führen werden. „Der DGB lehnt eine solche Weichenstellung ab. Der Grundstein für eine wirksame Entlastung der Rentenversicherung muss in der Förderung und Verlängerung der Erwerbsbiographien gelegt werden“, heißt es demgegenüber richtig.

Wer alte Beschäftigte entlässt, soll zahlen

Der DGB schlägt deshalb unter anderem „einen Ausbau der bereits jetzt im SGB enthaltenen, aber faktisch zunehmend an Bedeutung verlierenden Arbeitslosengeld-Erstattungspflicht der Arbeitgeber bei Entlassungen älterer Arbeitnehmer an. In Anlehnung an die Praxis in Österreich könnte bei betrieblich motivierten Entlassungen ein betrieblicher Arbeitsmarktbeitrag eingeführt werden, sofern die Entlassung zu anschließender Arbeitslosigkeit führt. Dieser Beitrag entfällt, wenn zuvor betriebliche Transfermaßnahmen zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit durchgeführt wurden.“ Faktisch würde eine solche Regelung ähnlich wirken wie eine Verallgemeinerung der in mittleren und größeren Betrieben ohnehin vielfach praktizierten „Kurzarbeit-Null“-Regelung, bei der ältere Beschäftigte nach der Entlassung ein oder zwei Jahre lang in einer sog. „Qualifizierungsgesellschaft“ beschäftigt werden, bevor sie sich arbeitslos melden.

Rente nach Schweizer Vorbild?

Bei der Rente selbst fordert der DGB in seinem Papier nur vage ein „Perspektivprogramm“: „Durch die Einbeziehung weiterer Personengruppen“ soll die gesetzliche Rentenversicherung zu einer „Solidarversicherung ausgebaut“ werden.

Dass damit in Teilen der Gewerkschaften erheblich weitergehende Reformen gemeint sind als nur die Einführung von eigenen Rentenversicherungsbeiträgen für Beamte und Selbständige – wobei gerade letzteres vor dem Hintergrund sich rapide ausbreitender prekärer Einkommen auch bei „Selbständigen“ schon jetzt dringend nötig wäre –, macht ein Papier deutlich, dass die IG BAU schon im Jahr 2000 vorgelegt hatte und dessen Eckpunkte seitdem in gewerkschaftlichen Debatten immer wieder auftauchen und vermutlich auch vom DGB in seinem Papier gemeint sind. Hier deshalb zum Schluss die Beschreibung des IG-BAU-Konzepts. Sie ist entnommen aus einem Vortrag des früheren SPD-Arbeitsministers Herbert Ehrenberg, den dieser am 19. Mai 2003 auf einer Delegiertenversammlung der IG-Metall Verwaltungsstelle Wilhelmshaven gehalten hat.

„Ein neues Rentenkonzept

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt hat mit einem „universellen System der gesetzlichen Alterssicherung“ ein Rentenkonzept als Alternative zur „Riester-Rente“ vorgestellt. Der Vorsitzende der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Klaus Wiesehügel, bezeichnet seine Konzeption als „Alternative zu dem schlechenden Ausverkauf des paritätisch finanzierten, solidarischen Generationenvertrag“... „Tragende Säule des Rentenkonzepts seiner Gewerkschaft sei langfristig die **Rentenversicherungspflicht für alle**. Dazu müsste die gesamte Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, also auch Beamte, politische Mandatsträger und Selbständige mit allen Einkommensarten zur Beitragszahlung herangezogen werden.“ (Pressemitteilung der IG BAU vom 18.7.2000)

Wichtigste Eckpunkte:

1. Die Rentenversicherung wird auf die gesamte Wohnbevölkerung ausgedehnt, d.h. auch **Beamte, politische Mandatsträger und Selbständige** wer-

den versicherungspflichtig. Übergangsregelungen für bisher erworbene Pensions- und andere Ansprüche werden gewährleistet.

2. **Alle Einkommensarten** werden künftig zur Beitragszahlung herangezogen. Dazu gehören Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Erträge aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung sowie alle sonstigen zu versteuernden Einkommensarten. Bei Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit ist der Rentenversicherungsbeitrag paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringen. Die Beitragsbemessungsgrenze wird aufgehoben. (Nach Berechnungen des DIW würde sich durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Beiträge der Beitragssatz gegenüber dem heutigen Stand um zwei bis drei Prozentpunkte ermäßigen.)
3. Das Rentenmodell der IG BAU soll bei durchschnittlichem Verlauf des Berufslebens eine **auskömmliche Altersrente** auf dem jetzigen Niveau (70%) garantieren, die durch Tarif- und Be-



triebsrenten und freiwillige, private Vorsorge ergänzt werden kann. Es wird eine Kappungsgrenze eingeführt, für das Jahr 2000 ist eine maximal erzielbare Rente von 4.500 DM brutto vorgesehen, die dann entsprechend der Entwicklung der Bruttoeinkommen dynamisiert wird.

4. Um den Aufbau eigenständiger und ausreichender Anwartschaften für alle Mitglieder der Gesellschaft zu sichern, wird jeder in der Bundesrepublik Lebende ab dem 16. Lebensjahr zu einem **Mindestbeitrag** in Höhe von DM 200,- monatlich verpflichtet. Bei unzureichenden Einkommen sind Zuschüsse zu gewährleisten.
5. Die heutigen Altersgrenzen werden von vielen Arbeitnehmern nicht mehr erreicht oder sie werden vor dem Erreichen der Altersgrenze berufs- oder erwerbsunfähig. Darum soll nach dem IG BAU-Konzept ein voller Anspruch auf Altersrente nach **44 beitragspflichtigen** oder gleichgestellten Jahren entstehen, rechnerisch beginnend mit der Vollendung des 16. Lebensjahres.

Dazu gehören auch Wehr- und Zivildienst, drei Jahre Ausbildungszeiten sowie Zeiten der Arbeitslosigkeit. Ergänzend soll die Möglichkeit eines maximal **5 Jahre** früheren Renteneintritts mit versicherungsmathematischen Abschlägen von 0,3 Prozent pro Monat bestehen. Ebenso soll es möglich sein, durch Erwerbstätigkeit über das 44. Versicherungsjahr hinaus die individuelle Altersrente um 0,3 Prozent bis maximal zum Höchstbetrag der Kappungsgrenze zu **steigern**.

6. Für Renten wegen Erwerbsunfähigkeit soll kein Abschlag vorgenommen werden. Der Rentenzahlungsbetrag für vollständig Erwerbsunfähige wird daher unter Berücksichtigung der Höhe der bis zum Renteneintritt geleisteten Beiträge auf **44 Beitragsjahre** hochgerechnet.“

Dieser Vorschlag ist nicht verfassungswidrig, die Bundesverfassungsrichterin Renate Jäger hält solidarische Versicherungssysteme für richtig und verfassungskonform, sie hebt im europäischen Vergleich besonders die Schweiz hervor, weil dort gezeigt wird, „dass auch in einem Land, das des Sozialismus unverdächtig ist, ein System eingeführt werden kann, das – wie in den Niederlanden und Schweden – in hohem Maße solidarisch funktioniert. Auch in der Schweiz sind alle Bürger versichert, wobei zur Beitragsberechnung neben dem Erwerbseinkommen unbegrenzt die Einkünfte aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung herangezogen werden. Eine Beitragsbemessungsgrenze nach oben gibt es nicht“. (Renate Jäger, „Sozialversicherung ohne Solidarität“, Vortrag auf der Fachkonferenz *Eigenständige Alterssicherung der Frau* des Sozialministeriums Baden-Württemberg am 4. März 1998, S. 31 f.)

In der Schweiz gibt es eine Minimal-

rente und eine Maximalrente (etwas höher als unser Rentenniveau). In den Niederlanden und in der Schweiz sind die Arbeitslosenquoten nur ein Viertel, in Schweden knapp zwei Drittel so hoch wie in Deutschland.

Der Sozialstaatsauftrag in der Fassung unseres Grundgesetzes vom Oktober 1990 ist immer noch verbindlich und lautet:

„Artikel 20 (1): Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

„Artikel 20 (4): Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Wenn in der Bundesrepublik der Sozialstaatsauftrag wieder ernst genommen wird, ist ein akzeptables, langfristig sicheres Rentenkonzept für Beitragszahler und Rentner zu erreichen, das auch den Generationenkonflikt wieder zu einem haltbaren Generationenvertrag macht. Wird dieser Sozialstaatsauftrag missachtet, würde ich mich dem nachstehend zitierten Verdikt von Renate Jäger anschließen:

„Solidarität aber ist Teil der Gerechtigkeit und mit dem Heiligen Augustinus ist festzustellen, dass Staaten, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlte, nichts anderes wären als große Räuberbanden.“ (a.a.O., Seite 65)

Soweit der Auszug aus dem Ehrenberg-Vortrag vor der IG Metall Vertreterversammlung in Wilhelmshaven. Der scharfe Ton, den der frühere Arbeits- und Sozialminister (während seiner Ministerzeit bekanntlich keineswegs ein „Linker“) hier in Kritik seiner eigenen Regierungspartei anschlägt, macht deutlich, wie scharf der Konflikt zwischen der Regierung und den Gewerkschaften inzwischen ist. Umso wichtiger ist es, wenn auch die eher leise vorgetragenen eigenen Reformvorstellungen der Gewerkschaften in der öffentlichen Auseinandersetzung stärker betont und wahrgenommen würden.

rül

Quellen:

Mut zum Umsteuern. Für Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit. Hintergrundpapier für die wirtschafts- und sozialpolitische Reformagenda des DGB, hrsg. vom Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, 8. Mai 2003 (zu finden auf der Homepage des DGB: www.dgb.de)

Die Agenda 2010 zeigt eine falsche Wirtschafts- Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, Vortrag von Dr. Herber Ehrenberg, Bundesminister a.D., auf der 13. ordentlichen Delegiertenversammlung der IG Metall Wilhelmshaven am 19. Mai 2003

Bilder:

Von der ver.di-Demonstration am 17.5. in Berlin (1 und 2; vom DGB-Aktionstag am 24.5. in Hamburg). Bilder: res

Buchbesprechung

Republican Voices. Stimmen aus der irisch-republikanischen Bewegung

Frank Frei (gruppe demontage)

Das Cover von Republican Voices in den Farben der irischen Trikolore, angereichert mit einigen IRA-Kämpfern in Kleinformat, erinnert an die Ästhetik der achtziger Jahre. Dies ist jedoch das einzige, was sich an dem Band bemängeln lässt. In einem Gespräch zwischen sechs ehemaligen, teilweise hochrangigen, Kämpfern der IRA werden die politisch-militärischen Stationen des republikanischen Widerstandes der letzten 35 Jahre beleuchtet. Kommentierende Einleitungen, Nachbemerktungen, Fußnoten und ein Glossar ergänzen das Gespräch. Umfangreiche Vorkenntnisse werden somit nicht vorausgesetzt.

Die Gesprächsteilnehmer vertreten eine sozialistisch-marxistische Tendenz und sind sich darin einig, dass die gegenwärtige Strategie der republikanischen Bewegung zu einer Integration in den nordirischen Staat führt. Auf Druck der republikanischen Führung zogen weitere Mitkämpfer ihre Beiträge für den Band zurück. Diese hat kein Interesse an einer kontroversen Debatte.

Beeindruckend ist die selbstkritische Herangehensweise der IRA-Kämpfer, die sich in den siebziger Jahren ohne tiefergehende politische Analyse dem militärischen Kampf anschlossen. Häufig betrieben sie erst im Gefängnis ihre politische Selbstbildung und wurden zu bewussten Sozialisten. Realitätsnah ist auch, wie die verschiedenen Phasen des Krieges beschrieben werden: 1972/73 waren sie allesamt davon überzeugt, die britische Armee innerhalb kürzerer Zeit militärisch besiegen zu können.

Nach dem Waffenstillstand von 1975 musste die IRA ihre relativ offenen Strukturen jedoch gegen ein Zellsystem tauschen. Die Republikaner entwickelten die Strategie des „langen Krie-



Heftige Unruhen nach dem Tod von Bobby Sands im Hungerstreik 1981



Alljährlich erinnern republikanische Organisationen an den Blutsonntag. Am 30. Januar 1971 erschossen britische Fallschirmjäger in Derry 14 Teilnehmer einer friedlichen Demonstration. Plakat von 1991

ges“. Den Briten sollte in einem Abnutzungskrieg der Wille zur Beherrschung der nordirischen Provinz genommen werden.

Die Kriminalisierung der IRA-Gefangenen – zunächst galten sie als Kriegsgefangene – mündete 1981 in einen Hungerstreik, bei dem zehn Republikaner starben. Die Mobilisierung außerhalb der Gefängnisse schloss die Teilnahme bei Wahlen ein, die wiederum den Boden für eine politisch-militärische Doppelstrategie bereitete. Nach Darstellung der ehemaligen IRA-Aktivisten folgte 1987/88 der letzte Versuch der IRA, mit Waffenlieferungen aus Libyen – wie bei der Tet-Offensive in Vietnam – befreite Gebiete zu schaffen. Danach wurde die jetzige Friedensstrategie eingeleitet.

Im Gegensatz zu den Verlautbarungen der republikanischen Führung gehen die Gesprächsteilnehmer deshalb von einer Niederlage der IRA aus. Aus ihrer Sicht läuft dies einher mit einer politischen Domestizierung der republikanischen Bewegung. Diese steht heute im Bündnis mit der katholischen Mittelklasse in Nord- und Südirland sowie Teilen des US-Establishment.

Für den Leser wird in den persönlichen Schilderungen der ehemaligen IRA-Kämpfern nicht nur die Dialektik zwischen Repression, militärischem Widerstand und politischer Entwicklung deutlich. Das Gespräch ist auch ein Lehrstück der aufrichtigen Auseinandersetzung von Aktivisten, die sich nicht geschlagen geben, obwohl sie trotz hohem persönlichen Einsatz politisch wenig erreicht haben.

Kevin Bean, Mark Hayes (Hg.): **Republican Voices. Stimmen aus der irisch-republikanischen Bewegung.** Unrast, Münster 2002, 152 Seiten, 13 Euro, ISBN 3-89771-011-0.

Buchvorstellung

Opfer der Balkan-Mafia

Franz-Karl Hitze

Das prominenteste Opfer der inzwischen berüchtigten Balkan-Mafia ist der serbische Ministerpräsident Zoran Djindjic. Ein Scharfschütze erschoss den fast 50-Jährigen am helllichten Tag des 12. März dieses Jahres vor dem Belgrader Regierungsgebäude. Der Mörder – Zvezdan Jovanovic, stellvertretender Kommandeur einer Sondeinheit der Polizei – traf sein Opfer auf 200 Meter Entfernung tödlich. Auch die Waffe, ein Gewehr vom Typ M76,

konnte gefunden und sichergestellt werden. Zoran Djindjic war nicht das erste Opfer der serbischen Mafiosi. Wie Norbert Mappes-Niediek in seinem Buch „Balkan-Mafia“ vielfach dokumentiert, sind in den letzten zwei Jahren 150 Menschen in Belgrad ermordet worden. Mappes-Niediek ist seit elf Jahren Balkankorrespondent renommierter deutscher Zeitungen und recherchierte äußerst verantwortlich die Praktiken der perfekt organisierten Clans.

Schon am 2. Oktober 1996 wurde der frühere bulgarische Premierminister Andrej Lukanow vor seiner Wohnung in Sofia erschossen. Am 7. Oktober 2000 wurde der Montenegriner Vlademir „Vanja“ Bokan, einen Tag nach dem Sturz seines Gönners Slobodan Milosevic, in Athen von 29 Mafiakugeln förmlich durchsiebt. Bokan, der in einem griechischen Badeort lebte, war in Belgrad Eigentümer der exklusiven Boutique Hannibal. Nach Einführung der UN-Sanktionen gegen Serbien wurde Bokan zu einer der Schlüsselfiguren illegaler Schiebergeschäfte mit Griechenland und Zypern. Er brachte es zu einem landesweiten Kiosknetz, einer Spedition und einer Transportfluglinie. Diese Infrastruktur diente ihm zum Zigaretten Schmuggel im größten Maßstab. Zum Nachteil der Europäischen Union, aber zum Vorteil der internationalen Zigarettenkonzerne. Er soll weit über eine Milliarde Dollar pro Jahr verdient haben! Zoran Djindjic werden enge Verbindungen zum organisierten Verbrechen nachgesagt. So soll er im Sommer 2001 an einem geplanten Deal mit dem britisch-amerikanischen Tabak-

konzern B.A.T (Lucky Strike, Dunhill, Rothmanns u.a.) beteiligt gewesen sein. B.A.T. wollte in der südserbischen Stadt Kragujevac eine Zigarettenfabrik bauen. „Wäre es dazu gekommen, hätte der Tabakschmuggel in Europa eine uneinnehmbare Bastion bekommen“, meint Norbert Mappes-Niediek. Niemand hätte kontrollieren können, wo die Produktion dieser Fabrik gelandet wäre, zitiert er deutsche Ermittler.

Djindjic, dem sogar persönliche Korruption vorgeworfen wurde, nutzte private Flugzeuge serbischer und kroatischer Mafiosi für Staatsbesuche im Ausland; so zum Beispiel mit dem Privatjet von Stanko Subotic Cane, dem Kopf der gesamten Balkanmafia, nach Moskau. Die Belgrader Zeitung Politika zeigte im Jahr 2001 das Foto auf der Titelseite.

Der Buchautor entlarvt die organisierte Kriminalität der kosovarischen Drogendealer. Die haben in den 90er Jahren die Balkanroute türkischer Schmugglerbanden übernommen. Die Grenzpolizei im italienischen Bari verhaftete erst im Herbst 2002 zwei Albaner mit 47 Kilo Heroin. Ihre Visa hatten die beiden Schmuggler nachweislich über das Büro des albanischen Premierministers Fatos Nano bekommen.

Der Autor dieses aufsehenerregenden Buches lebt seit 1992 als freier Korrespondent für Südosteuropa in einem Dorf in der Steiermark. In den Jahren 1994 und 1995 war er als Berater des UNO-Sonderbeauftragten für das ehemalige Jugoslawien Yasushi Akashi tätig.

Mappes-Niediek nimmt für sich in Anspruch, mit seinen Recherchen sehr verantwortlich umgegangen zu sein. Bloß Gerüchte habe er in keinem Fall kolportiert. Wichtigste Quellen waren in allen Ländern westliche und dortige Ermittler, Kriminologen, Journalisten, Mitarbeiter politischer Institutionen und deren Geheimdienste.

In seiner Analyse geht Mappes-Niediek davon aus, dass die von ihm genannten Staaten des Balkans in der Hand des Verbrechens und damit eine Gefahr für Europa sind. Belege dafür liefert er in den Abschnitten „Die Handschrift der Balkan-Mafia am Rhein“, „Heroinhandel von Barcelona bis Göteborg“, „Frauenhandel, die brutalste Branche von allen“, „Tankstellen als Geldwaschanlagen“ ...

Sollte sich der Verlag eines Tages entschließen, eine zweite Auflage des Buches herauszugeben, wäre es sicher angebracht, sie um einen Abschnitt über den „Mord an Ministerpräsident Zoran Djindjic“ zu erweitern. Nicht erst dann hätte das Buch seine Existenzberechtigung.

Norbert Mappes-Niediek: Balkan-Mafia, Staaten in der Hand des Verbrechens – eine Gefahr für Europa. Ch. Links-Verlag, Berlin, 2003, 190 S., illust. Br., 14,90 Euro. ISBN 3-86153-284-0

6. bis 9. Juni, Bremen: Logik macht Krieg – BUKO26 Kongress. Der diesjährige BUKO ist ein gemeinsames Projekt der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus), des Antipatriarchalen Netz/Berlin, von Crossover und der bundesweiten antimilitaristischen Koordination „Krieg ist Frieden“ (KIF). Der BUKO 26 will das Phänomen Krieg in Bezug zu kapitalistischer Globalisierung und Patriarchat, Machtpolitik und Alltagslogik, historischen Brüchen und rassistischen Kontinuitäten setzen. Infos unter <http://www.buko.info>

7. und 8. Juni, Mittenwald. Gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger! AK Angreifbare Traditionspflege, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA, unterstützt vom AK Distomo rufen auf, an einem Hearing, an Demonstrationen und Aktionen in Mittenwald und am Hohen Brendten teilzunehmen. Zu dem Hearing zu den Kriegsverbrechen der deutschen Gebirgsjäger und zu den Entschädigungsforderungen der Opfer sind u.a. VertreterInnen des Griechischen Nationalrats der Opferverbände aus Athen, Überlebende der Massaker aus Griechenland, MilitärhistorikerInnen und WiderstandskämpferInnen eingeladen. Nichts ist vergessen! Bestrafung der Kriegsverbrecher! Entschädigung aller NS-Opfer! Näheres: www.nrw.vvn-bda.de

13. bis 15. Juni, Berlin: Viertes Bundesjugendtreffen der PDS im Kunsthaus Tacheles. Neben Podiumsdiskussionen und verschiedenen Arbeitskreisen wollen wir unter dem diesjährigen Titel „Lebenswürfe!“ jungen PDS-Mitgliedern und -SympathisantInnen ein erlebnisreiches Wochenende bieten. Deshalb ist es besonders wichtig, dass viele junge (und auch ältere) Menschen nach Berlin kommen. Weitere Informationen zum Treffen und Anmeldemöglichkeiten erhaltet ihr unter www.pds-jugend.de oder unter tel.: 030/24009-447

13./14. Juni, Recklinghausen: Benötigen wir eine neue Initiative zur Humanisierung der Arbeit? Workshop von IG Metall Vorstand/Funktionsbereich Sozialpolitik, Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB) und Wissenstransfer. Was Humanisierung der Arbeit unter den Bedingungen eines sich tiefgreifend wandelnden Produktionsmodells heißt, muss geklärt und neu ausgehandelt werden. Auf dem Workshop soll über Ansatzpunkte, Schwerpunkte, Ziele und Realisierungsbedingungen einer neuen Humanisierungsinitiative – eine Forderung, die jüngst die IG Metall aktualisiert hat – diskutiert werden. Themenblöcke/ReferentInnen: – Konturen der Arbeitswelt im 21. Jahrhundert (Dieter Sauer, Nicole Mayer-Ahuja, Berthold Vogel, Wolfgang Menz) – Humanisierung der Arbeit: Alter Wein in neuen Schläuchen? (M. Moldaschl, W. Glißmann, Ekkehart Frieling, Ernst Kistler, Werner Fricke, Paul Oehlke) – Welche Anforderungen sind an ein Projekt „Gute Arbeit“ zu stellen? (Klaus Pickshaus, Alexandra Wagner, Thomas Haipeter, Anja Gerlmaier, Hilde Wagner, Edelgard Kutzner, Manfred Wannöffel) Verbindliche Anmeldungen an: Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation, z.Hd. Frau Hower, Münsterstr. 13-15, 45657 Recklinghausen; Tel. 02361-904480 www.wissenstransfer.info FIAB-Recklinghausen

15. Juni, Kassel: Auf dem Weg zu einem Sozialforum in Deutschland. DGB-Haus, Bundesweites Treffen der regionalen Sozialforen in Deutschland, Veranstalter: Initiative für ein Sozialforum in Deutschland, Austausch über Arbeitsschwerpunkte, strategische Planungen, Protestformen und Alternativkonzepte. Ort: Spohrstr. 8, 11.-18.00 Uhr, www.dsf-gsf.org

28. Juni, Berlin. Auf die Straße gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe! Bundesweite Protestveranstaltung der regionalen „Anti-Hartz-Bündnisse gegen die für vermutlich am 1. Juli geplante Verabschiedung der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe.“

30. Juni - 4. Juli, Hamburg: 4. Europäischer Kongress zur Friedenserziehung, Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich! Anmeldung, Programm: Kongressbüro GEW Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 040/44 73 49, Fax: 450 46 58, e-mail: peacecongress@gew-hamburg.de Information: Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel. +Fax: 040/6015212 E-mail: horst.bethge@t-online.de • Hartmut Ring, Gellertstr. 29, 22301 Hamburg, tel.+Fax: 040/2792353, E-mail: ppf@ecolink.org Kongress-Web: <http://www.ppf-germany-congress.org>

5. Juli, Marburg: Eliten – Männerbünde – Vaterland: Tagung zur Kritik von Korporationen. Konservative Eliten allgemein / Überblick über studentische Verbindungen / Innere Strukturen / Männerbünde / Mensur / Deutsche Burschenschaft und Neue Deutsche Burschenschaft / Deutschlandpolitik und Europastrategien in der DB und NDB / Wingolf / Corps / Studentenverbindungen in der Schweiz / Männliche Elite / Nähere Infos: <http://www.p-kw.de> (Projekt Konservatismus und Wissenschaft).

31. Juli bis 10. August: Köln. 6. Antirassistisches Grenzcamp „Out of control“. Aufruf unter: http://infoladen.de/koeln/fnb/camp/auf_r_d.htm 1.-6. August, Münster: Die Welt ist rund... 2. Attac-Sommerakademie, Themenschwerpunkte: 1. Wer regiert die Welt? 2. Arbeit ohne Grenzen 3. Macht Demokratie! „Die Sommerakademie soll eine Verbindung zwischen ‘Experten-Vermittlung’ und ‘Mitmach-Akademie’ sein. Das heißt, dass das Kon-

zept sowohl die intensive Vermittlung von Fachwissen durch (internationale) ExpertInnen als auch die aktive Beteiligung der TeilnehmerInnen nach dem Motto ‘Lernen voneinander und miteinander’ zum Ziel hat. Es finden verschiedene Veranstaltungsformen statt: Workshops, Vorträge, offene Diskussionen, Podiumsveranstaltungen u.a. Darüber hinaus gibt es ein Rahmenprogramm mit Konzerten, Stadtführungen, Sport und einem Markt der Möglichkeiten.“ Sozialismus und WISSENTTransfer veranstalten am 2.8. im Rahmen der Sommerakademie eine Plenumsdiskussion über Weltordnung und Neuen Imperialismus, u.a. mit Joachim Bischoff, David Harvey, Arno Klönne, Mohssen Massarrat. Info: Attac-SOAK-Büro im Institut für Soziologie der Universität Münster, Scharnhorststr. 121, Raum 508, 48151 Münster; Tel. 0251/832 4835 www.attac.de

7.-10. August, Sondershausen: Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Die ausführliche Ankündigung erfolgt in der übernächsten Ausgabe dieser Zeitung. Als Themen stehen bisher fest: AG Geschichte: Linke Bildungs- und Schulkonzepte im 20. Jahrhundert. AG Philosophie: Bürger, Medien, öffentliche Meinung. AG Wirtschaft: Fortsetzung Bau- und Wohnungswirtschaft.

1.-5. September, Bielefeld: Grundlinien einer alternativen Wirtschaftspolitik. ver.di-Bundesschule in Bielefeld, Sommerschule der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, u.a. mit Hermann Bömer, Heinz J. Bontrup, Rudolf Hickel, Jörg Huffscheid, Wilfried Kurtzke, Mario Leonhardt, Norbert Reuter, Ingo Schmidt, Margit Schratzenstaller, Klaus Steinitz, Axel Troost und Joachim Trube, Info: Tel. 0421/9414480. www.memo.uni-bremen.de/memorandum@t-online.de

21. September, Bayern: Landtagswahl

DTN

Deutsch-Tschechische
Nachrichten

Dossier

Nr. 2 Juni 2003

Sudetendeutsche Kapitel

Studie zu Ursprung und Entwicklung der
sudetendeutschen Anschlussbewegung

Von Emil Hruška

Herausgegeben von der Redaktion
der Deutsch-Tschechischen Nachrichten

**Neu erschienen. 124 Seiten, Preis 5 Euro
(bei Versand plus Porto)**

**Zu beziehen über: GNN-Verlag HH/SH
Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de**